

Eine Auswahl der Ereignisse im ersten Halbjahr 1933 -

Schwerpunkt: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund mit seinen Gewerkschaften - verbunden mit Aktionen und Willkürentscheidungen der NSDAP

Deutschland 1933

Das Deutsche Reich hat 63 Millionen Einwohner (davon haben ca. 20 Millionen einen Arbeitsplatz). Die Fläche des Deutschen Reiches beträgt etwa 470.700 qkm.

Der durchschnittliche Arbeitnehmer-Monatslohn beträgt etwa RM 125, bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 47 Stunden. Es gibt ca. 5.800.000 Arbeitslose, davon sind 242.000 Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, der „Freiwillige Arbeitsdienst“.

Die NSDAP wird von namhaften deutschen Industriellen des „Keppler-Kreises“ wie Friedrich Flick, Fritz Thyssen („I paid Hitler“), den Bankiers Kurt Freiherr von Schröder und Prof. Dr. Emil Meyer u.v.a. auch ausländischen Spendern wie Royal Dutch Shells, Sir Henry Detering, mit Parteispenden unterstützt.

Die Todesbilanz 1945, nach zwölf Jahren NS-Terrorregime: ca. 55.000.000 Tote und Ermordete Menschen weltweit davon ca. 27.000.000 getötete Soldaten, ca. 24.000.000 getötete/ermordete Zivilisten/Geiseln. Weiterhin sind in dieser Todesbilanz zu beachten, Millionen Menschen wurden als Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“ geknechtet. Europaweit wurden über 25 Millionen Menschen vertrieben oder dauerhaft „evakuiert“.

Telford Taylor, US-Hauptankläger in Nürnberg wird am 27.8.1947 sagen: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der NSDAP hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können ...“.

**Händchen falten, Köpfchen senken,
und an Adolf Hitler denken.
Er gibt uns täglich Brot,
und hilft uns aus der Not.**

Deutsches Kindergartengebete nach 1933

**„Niemand aus dem großen Kreis derer,
die meine Mitangeklagten
und mich kennen glaubt, dass wir Verbrechen
gegen die Menschlichkeit begangen haben
und nichts wird uns davon überzeugen,
dass wir Kriegsverbrecher sind.“**

NSDAP-Wehrwirtschaftsführer Friedrich Flick

„Nicht schuldig.“

**Deutsche Angeklagte im
Nürnberger Internationalen Militärtribunal 1945/46**

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>Januar 1933</p> <p>01.01.: Magdeburg, in der „Neue Sonntagszeitung“ steht unter der Überschrift: „Ein Kampffahr zog vorüber ...“, „... Wie ein Gewitter, dass Schaden angerichtet hat, der wieder repariert werden muss. Sorge um die Opfer, Sorge um die Hungernden ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Partei ist schlagkräftig geblieben, den Böhmerwäldern sind die Giftzähne ausgebrochen worden. [...] Her mit ausreichenden Löhnen und Unterstützungen ist das Feldgeschrei, her mit Arbeit, Recht und Brot!“</p> <p>07.01.: Dessau, „SA-Trupps überfallen in verschiedenen Straßen Dessaus Arbeiter, die der SPD oder KPD angehören. Dabei werden viele von ihnen verletzt“.</p> <p>14.01.: Halle, das Wahlergebnis bei der Betriebsratswahl der Straßenbahn, ADGB-Liste 608 Stimmen, NSDAP 72 Stimmen, KPD-Liste 56 Stimmen.</p> <p>Achtung: Diese Vorlage kann keinen Anspruch auf historische Vollständigkeit erheben – es wurden Tageszeitungen und gängige Druckerzeugnisse zu dem Zeitabschnitt aus dem ersten Halbjahr 1933 ausgewertet.</p>	<p>01.01.: Berlin, in den ADGB-Gewerkschaften sind über sechs Millionen ArbeitnehmerInnen organisiert, in der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) werden 170.000 Mitglieder gezählt. Anfang Januar: Berlin, Verhandlungen zwischen Reichskanzler Schleicher und den Gewerkschaften scheitern. Sein Versuch, mit Hilfe der sozialen Flügel aller Parteien im Reichstag eine Mehrheit zu finden, ist damit endgültig gescheitert.</p> <p>06.01.: Berlin, der SPD-Vorstand rät dem ADGB-Vorsitzenden Leipart, nicht weiter mit Schleicher zu verhandeln.</p> <p>13.01.: Berlin, die Losung des ADGB zu den Betriebsratswahlen lautet: „Einigung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften“.</p> <p>21.01.: Berlin, 12. ADGB-Bundesausschuss-Sitzung, u.a. Arbeitszeitverkürzung, Gewerkschaften im politischen Meinungskampf; anschl. verhandeln die Vorsitzenden des ADGB und des AfA-Bundes mit Reichspräsidenten v. Hindenburg und fordern u.a. seinen Einsatz für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen.</p> <p>22.01.: Berlin, Betriebsrätekonferenz des ADGB und des AfA-Bundes zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen. Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften. Aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlagen für deren Durchführung. Es gilt daher, die Betriebsrätewahlen 1933 durchzuführen unter der Parole „für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.“</p>	<p>01.01.: Frankfurt/Main, Presse glaubte an Neujahr 1933, der "Spuk" sei vorbei. Noch über Neujahr 1933 gab sich die "Frankfurter Zeitung" davon überzeugt, dass die besten Tage Hitlers in der Politik vorbei seien. "Der gewaltige nationalsozialistische Angriff auf den demokratischen Staat ist abgeschlagen".</p> <p>04.01.: Berlin, Hitler und von Papen verhandeln im Haus des Bankiers Schröder über eine faschistisch geführte Regierung. Goebbels schreibt ins Tagebuch: „Wenn dieser Coup gelingt, dann sind wir nicht mehr weit von der Macht entfernt“.</p> <p>07.01.: Hitler, Heß, Göring verhandeln mit Industriellen und Bankiers im Haus des Großindustriellen von Kirdorf.</p> <p>11.01.: Berlin-Dahlem, im Haus der Familie Ribbentrop treffen sich von Papen und Hitler zu einem erneuten Gespräch; Hitler bleibt bei seiner Forderung der Übertragung der Kanzlerschaft.</p> <p>17.01.: Berlin, Hitler und Hugenberg treffen sich zu einem Gespräch, u.a. wird über die Kanzlerschaft Hitlers gesprochen.</p> <p>22.01.: Berlin, Hindenburgs Sohn Oskar u.a. verhandeln mit von Papen, Hitler, Göring und Frick über eine Regierungsbildung; Hitler gelingt es, Hindenburgs Sohn zu gewinnen.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>29.01.: Braunschweig, Berlin, Köln, Mannheim, u.a., Massenkundgebungen der SPD, der Eisernen Front und der KPD.</p> <p>30.01.: Bremerhaven, im Gewerkschaftshaus „Eintracht“, Deichstraße 55, versammeln sich dreihundert Männer der Schufo. Die Schufo ist die Schutzformation des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, eine Verteidigungstruppe der SPD und der Gewerkschaften. Waffen haben die Schufomänner in Bremerhaven nicht. Die Männer in der „Eintracht“ haben sich mit Spaten ausgerüstet, weil sie in dieser Nacht einen Machtrausch der SA und die Besetzung des Gewerkschaftshauses erwarten.</p>	<p>26.01.: Berlin, Besprechung mit ADGB-Vorstandsmitgliedern und Reichskanzler Schleicher, u.a. Notlage der Arbeiterschaft, ADGB-Forderung nach „energischer Durchführung und Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.“</p> <p>28.01.: Berlin, der Reichspräsident entlässt das „Schleicher-Kabinett“. Die drei Gewerkschaften schreiben in einem Telegramm an Hindenburg: „... dass Sie, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatstreich hinzielen, Ihren entschiedensten Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsgemäßen Lösung der Krise bestehen“.</p> <p>29.01.: Berlin, am Vorabend der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler treten 2.000 freigewerkschaftliche und rote Betriebsräte, Vertrauensleute zusammen. In einem Appell heißt u.a.: " Vereinigen wir uns ohne Ansehen der Partei und der Gewerkschaftszugehörigkeit."</p> <p>30.01.: Berlin, alle gewerkschaftlichen Spitzenverbände wenden sich an ihre Mitglieder: „Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Lasst euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.“</p>	<p>27.01.: Berlin, während eines Empfangs des Chefs der Heeresleitung, auch von Hindenburg ist anwesend, äußert der Reichspräsident auf Nachfrage „... sie werden mir doch nicht zutrauen, meine Herren, dass ich diesen österreichischen Obergefreiten zum Reichskanzler berufe ...“.</p> <p>27.01.: Berlin, Göring versichert dem Staatssekretär Meißner, dass die NSDAP „stets die verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten und [...] und die Befugnisse des Reichstags [...] respektieren werde ...“.</p> <p>28.01.: In einem Gespräch zwischen von Hindenburg und seinem Gutsnachbarn, Kammerherr von Oldenburg-Januschau erklärt er von Hindenburg, „... ein Kabinett Hitler könne die Landwirtschaft retten [...] und mit den Nazis“ werde man schon fertig.</p> <p>Berlin, Reichspräsident von Hindenburg nimmt den Rücktritt des Kanzlers Kurt von Schleichers an; von Hindenburg gibt seine Zustimmung Hitler als Reichskanzler zu berufen.</p> <p>29.01.: Berlin, zur Beschleunigung der Kabinettsbildung trägt ein Gerücht bei, in dem es heißt, „Schleicher und Hammerstein planen einen Putsch und beabsichtigen, mit der Potsdamer Garnison das Regierungsviertel zu besetzen, um „eine Macht-ergreifung Hitler-Papen in letzter Minute zu verhindern“.</p> <p>30.01.: Berlin, Reichspräsident Paul von Beneckendorff und von Hindenburg ernennt Adolf Hitler (Montagmittag) zum Reichskanzler; Hitler leistet den Eid in die Hand von Hindenburg, in der Eidesformel heißt es u.a.: „... Vereidigung der neuen Regierung, dass sie ihre Kraft für das Wohl des Volkes einzusetzen, Verfassung und Gesetze zu wahren, Geschäfte unparteiisch und gerecht zu führen ...“; Hitler beim Betreten der Reichskanzlei: „Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder rausbringen.“ Er ist der 21. Reichskanzler seit 1918.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>30.01.: Oldenburg, Kundgebung am Pferdemarktplatz, 700 Mann SA und SS nehmen in Uniformen an einer Kundgebung und einem Fackelzug teil – „viele Hunderte aus der Bevölkerung“ begleiten, mit Klängen der Gau-SA-Kapelle den Aufzug. Minister Röver hält vor dem Ministerium eine „eindrucksvolle und markige Rede“.</p> <p>30.01.: Hannover, großer Fackelzug der SA durch die Innenstadt zum Welfenplatz; gegen 21 Uhr versammeln sich dort ca. 5.000 Anhänger der NSDAP. Eine interne Versammlung der KPD im Konzerthaus wird verboten.</p> <p>31.01.: Celle, die letzte große antifaschistische Demonstrationen. Nach Berliner Vorbild führen die Celler Nationalsozialisten an diesem Tag anlässlich der Machtübernahme einen Fackelzug durch. Nachmittags findet die Gegendemonstrationen von SPD und KPD statt. Am Abend kommt es vor dem NSDAP-Parteihaus zu Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und einer großen Menge versammelter Arbeiter.</p> <p>31.01.: Göttingen, am frühen Abend findet eine durch die Polizei genehmigte kommunistische Demonstration statt. Das Göttinger Volksblatt titelt am gleichen Tag: „Hitler und die Harzburger an der Staatsmacht. Höchste Gefahr! – Höchste Alarmbereitschaft der Arbeiter!“</p> <p>31.01.: Peine, die Nationalsozialisten veranstalten auf dem Hagenmarkt eine Großveranstaltung mit Aufmarsch und Kundgebung, anschließend kommt es vor dem Gewerkschaftshaus zu einem Zwischenfall, ein SA-Mann fühlt sich bedroht und schießt, drei Arbeiter werden getroffen, zwei müssen schwerverletzt in das Kreiskrankenhaus gebracht werden.</p> <p>31.01.: Hildesheim, bei den Nazi-Jubelmärschen kommen diese auch in das Arbeiterviertel der Nordstadt. Im Hildesheimer Volksblatt kann man am 01.02. lesen: „Nazistrolche schlagen Arbeiter nieder!“</p>	<p>30.01.: Berlin, Spitzenverbände der vier großen Gewerkschaftsbünde an die Mitglieder; „Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot.“</p> <p>31.01.: Berlin, Bericht über die 13. Sitzung des Bundes-Ausschusses des ADGB: "Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen."</p> <p>Theodor Leipart gibt vor dem ADGB-Bundesausschuss das Motto aus: „Organisation, nicht Demonstration – das ist die Parole der Stunde“. Wie andere politische Kräfte auch, die Mehrheit der Arbeiterbewegung eingeschlossen, hoffen ADGB-Gewerkschafter auf das baldige Abwirtschaften der Nazis und glaubten, dass der Reichspräsident die verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften schützen wird.</p> <p>Der ADGB-Vorstand erklärt den Nationalsozialisten gegenüber seine politische Neutralität.</p>	<p>30.01.: Berlin, die Nationalsozialisten feiern die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit einem imposanten Fackelzug, der sich fünf Stunden lang an der Reichskanzlei vorbei durch die Stadt wälzt. Goebbels schreibt in seinem Tagebuch: „Es ist wie ein Traum. Die Wilhelmstraße gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei“.</p> <p>30.01.: Berlin, Vize-Reichskanzler von Papen erklärt auf Nachfrage am Abend: „Wir haben uns ihn [=Hitler] engagiert.“ [..] Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.“</p> <p>31.01.: New York, in der New York Times steht zu lesen: „Es wäre sinnlos, wollte man versuchen, das tiefe Unbehagen zu verbergen, das die Nachricht aus Berlin bei allen Freunden Deutschlands hervorrufen muss. An die Spitze der deutschen Republik ist ein Mann gestellt worden, der sie öffentlich verhöhnt und geschworen hat, sie zu vernichten, sobald er die persönliche Diktatur errichtet hätte, die sich zum Ziel gesetzt zu haben er sich gerühmt hat.“</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>31.01.: Magdeburg, die „Magdeburger Zeitung“ ist schon am Morgen auf eine offene nationalsozialistische Position umgeschwenkt, der Leitartikel zur Hitler-Ernenennung ist überschrieben „Die Chance für Deutschland“. - Am Abend wird die Berufung der Hitler-Regierung von Stahlhelm, SA und SS mit einem gemeinsamen Fackelzug durch die Straßen der Altstadt gefeiert und mit einem Appell auf dem Domplatz beendet.</p> <p>Februar 1933</p> <p>01.02.: Peine, ein SA-Mann schießt in eine Menschenmenge und verletzt drei Arbeiter.</p> <p>02.02.: Bremerhaven, ein „Fackelzug der Nationalsozialisten und des Stahlhelms zu Ehren der neuen Reichsregierung“ findet statt, der "trotz des unwirtlichen Wetters fast die gesamte Einwohnerschaft Wesermündes und Bremerhavens auf die Beine brachte".</p> <p>04.02.: Hannover, SPD-Kundgebung gegen Hitler. Der Parteislogan lautet: „Wir sind gerüstet!“</p> <p>06.02.: Staßfurt, Generalstreik gegen den Nazi-Terror.</p> <p>06.02.: Uelzen, Aufmarsch der nationalen Front (SA und Stahlhelm) - „... ein imposanter Zug von Nationalsozialisten und Stahlhelmern bewegt sich durch die Straßen. Vorbeimarsch vor der Führung am Kriegerdenkmal ...“.</p> <p>06.02.: Dessau, Hausdurchsuchung des „Volksblatt“-Gebäudes durch Polizei. Gesucht wird eine Sonderausgabe des Volksblatts, in dem über die Ermordung des Bürgermeister Kasten aus Staßfurt berichtet wird.</p>	<p>01.02.: Berlin, Abbau der Zuständigkeiten des Reichsarbeitsministeriums wird erfolgen; „... die Abteilung Tarif- und Arbeitsrechtsfragen werden dem Reichskanzler Hitler unterstellt ...“.</p> <p>02.02.: Berlin, „die Nazipresse schweigt sich aus“, über die Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums, „der ersten Tat der Hitlerregierung“.</p> <p>03.02.: Lübeck, die Lübecker Arbeiterschaft wendet sich mit einem Proteststreik gegen den Straßenterror der Nationalsozialisten und verlangt die Freilassung des Reichstagsabgeordneten Julius Leber.</p> <p>05.02.: Berlin, gemeinsame Sitzung des SPD-Vorstands mit Mitgliedern des ADGB-Vorstands; ADGB-Vorsitzender Th. Leipart erklärt, „dass auch er mit Einheitsfrontvorschlägen bedacht worden sei“ [u.a. Käthe Kollwitz und Einstein]. Leipart stellt die Frage nach Generalstreik und stellt fest, „die Arbeiter die noch in Stellung sind, [müssten befürchten] ihren letzten Arbeitsplatz zu verlieren“.</p>	<p>31.01.: Berlin, in einer Sitzung der SPD im Reichstag stellt MdR Breitscheid fest: „... Wir sind nunmehr in eine Phase des Klassenkampfes von oben in seiner reinsten Form eingetreten. Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, [...] dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht“.</p> <p>01.02.: Berlin, Reichspräsident Paul von Hindenburg löst den Reichstag auf (Wahlgesetznovelle 2.2. '33); Reichskanzler Hitlers Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk: „Vierjahresplan [...] Rettung des deutschen Bauern [...] Rettung des deutschen Arbeiters durch [...] umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit [...] Wahrung der Lebensrechte - Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes [...]“.</p> <p>03.02.: Berlin, Kundgebung des Reichsstädtebundes. Es wird u.a. festgestellt, dass „Es ist ein unerträglicher Zustand, dass eine große Zahl von Städten nicht einmal mehr in der Lage ist, ihre Gehälter, Löhne und Wohlfahrtsunterstützungen in vollem Umfang aufzubringen,</p> <p>04.02.: Berlin, die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“ bringt massive Beschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit.</p> <p>06.02.: Berlin, auf Betreiben Hitlers verleiht Hindenburg von Papen die Vollmacht zur Auflösung des preußischen Landtags. Damit ist der Weg frei für Neuwahlen in Preußen.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>08.02.: Staßfurt, zeitlich begrenzter Generalstreik. Anlass war der Tod des sozialdemokratischen Bürgermeisters der Stadt, Hermann Karsten, der an seinen schweren Verletzungen nach einem Nazi-Überfall stirbt.</p> <p>08.02.: Emden, der Oldenburgische NS-Minister Röver erklärt, „es sei nur noch eine Frage von einigen Tagen, dass die SA das aktive Notrecht erhalten werde ... das werde sie Stunde sein, wo die Nationalsozialisten dem roten Terror ihren Terror entgegensetzen würden“.</p> <p>12.02.: Leer, beim Julianenpark beginnt ein Fackelzug der Eisernen Front durch die Stadt. Zahlreiche Menschen sind auf den Straßen, sie hören die Abschlussrede von Thelemann auf dem Marktplatz.</p> <p>12.02. Eisleben, Friedrich-Jahn-Turnhalle, NSDAP-Kreisleiter „Bubi“ Ludolf von Alvensleben's SA-Standarte und SA-Mitglieder ermorden in einer „Rote-Hilfe“-Veranstaltung drei Menschen und verletzt viele schwer.</p> <p>14.02.: Braunschweig, SA und SS marschieren (am Sonntag) durch die Stadt. Von Arbeitern werden sie gehindert, weiterzumarschieren. Polizeischüler aus Holzminden machen von ihren Schusswaffen Gebrauch, zwei Menschen werden erschossen.</p> <p>15.02.: Göttingen, hinter Transparenten wie „Die Gewerkschaften sind von Granit“ und „An diesem Granit zerschellt Reaktion und Herrenklub“ ziehen etwa 900 Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu den „Klängen des unermüdlichen Tambourkorps des Reichsbanners“ durch die Göttinger Innenstadt.</p> <p>16.02.: Peine, erste Wahlkundgebung zur Reichstagswahl der SPD im Deutschen Haus wird so gut besucht, dass am gleichen Tag eine zweite Veranstaltung in der Schützengilde stattfindet.</p>	<p>12.02.: Berlin, der stellv. ADGB-Vorsitzende Peter Graßmann erklärt u.a.: „... Der neue Reichskanzler hat der organisierten Arbeiterschaft den Kampf angesagt. Sie wird nicht ins Mauselloch kriechen, sondern den Kampf aufnehmen in der Zuversicht, ihn erfolgreich zu bestehen“.</p> <p>14.02.: Berlin, Brief an den ADGB-Ortsausschuss Halle mit Nachfrage zu Demonstrationen mit der KPD; „das Interesse zwingt uns, die Verbindung mit der KPD [...] nicht soweit zu treiben, dass dadurch den Gewerkschaften unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen“.</p> <p>15.02.: Berlin, ADGB und AfA-Bund fordern die Mitglieder der Gewerkschaften auf, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen „Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde zu verteidigen“.</p> <p>17.02.: Hannover, die Zeitung des Fabrikarbeiterverbandes „Der Proletarier“ wird für drei Wochen verboten.</p>	<p>08.02.: Berlin, Hitler erklärt im Reichskabinett: "Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sei notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes."</p> <p>10.02. Berlin, Reichskanzler Hitlers erste „Sportpalastrede“ vor jubelnden Parteigenossen, u.a. mit dem konservativen Wahlhelfer Prinz August Wilhelm von Preußen, Kaisersohn und NSDAP-Ehrengenosse Nr. 24.</p> <p>12.02.: Wenige Tage nach der „Machtübernahme“ verfügte der preußische Staatskommissar die Auflösung der Weltlichen Schulen, musste er doch bei Schülern und Lehrern eine erbitterte Gegnerschaft gegen das neue Regime vermuten. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutete diese Maßnahme den Verlust des vertrauten Schulalltages und den Übergang an herkömmliche, konfessionell ausgerichtete Schulen.</p> <p>14.02.: Berlin, der „Arbeiter-Radio-Bund“ stellt fest, „der schwerste Kampf des Proletariats hat begonnen. [...] Die neuen Machthaber haben sich des Rundfunks bemächtigt und ihn in den Dienst ihrer Propaganda gestellt. Der Rundfunk ist nicht mehr das, was er sein sollte“.</p> <p>15.02.: Berlin, ADGB und AfA-Bund fordern die Gewerkschaftsmitglieder auf, bei den Reichstagswahlen „Deutschland gegen den Generalangriff der inneren Feinde zu verteidigen“.</p> <p>15.02.: Berlin, Preußische Akademie der Künste schließt eigenen Dichtkunst-Sektion-Präsidenten Heinrich Mann aus; Käthe Kollwitz wird ebenfalls „entlassen“.</p> <p>17.02.: Berlin, Schießerlass des preußischen Innenministers Göring an SA, SS und Stahlhelm; die Polizei wird aufgefordert, die Aktionen zu unterstützen.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>Mitte Februar: Emden, die Faschisten versuchen im Hafengebiet in „Port Arthur“ einzudringen. 2.600 SA-Männer kommen teils von weit her in die von ihnen gefürchtete Hafenstadt, wo sich neben den Angehörigen des „Internationalen Seemannsclubs“ und Kommunisten auch die SPD mit dem „Reichsbanner“ aus Wolthusen an der Abwehr des Aufmarsches beteiligen.</p> <p>18.02.: Braunschweig, 30.000 ArbeiterInnen sind zur Einäscherung der beiden NS-Opfer am Krematorium anwesend. In Sternmärschen aus den Stadtteilen und Großbetrieben ziehen sie in geschlossenen Zügen zum Friedhof. Nach der Trauerfeier versucht die Polizei die Menschen auseinander zu treiben, es gibt Verletzte und Verhaftungen.</p> <p>18.02.: Magdeburg, Ringaufführung des Schauspiels „Silbersee“, Musik von Kurt Weill, in einer Hauptrolle Ernst Busch; nach dem Reichstagsbrand wird das Stück des gebürtigen Magdeburger verboten.</p> <p>19.02.: Hannover, erste SA-/SS-Kundgebung in Linden. SA, SS und Hitlerjugend marschieren vom Klagesmarkt zum Schwarzen Bären – Gegenkundgebung der SPD.</p> <p>21.02.: Eisleben, die drei von SA-Leuten ermordeten sind heute beigesetzt worden. „Die Teilnehmer wurden auf dem Marktplatz von einem starken Polizeiaufgebot mit Karabinern im Anschlag empfangen. Auch die Kranzschleifen wurden geprüft. Unter stärkster Polizeibedeckung musste dann der Zug noch sieben Polizeistationen passieren.“ [siehe 12.02.]</p>	<p>18.02.: Berlin, die "Gewerkschaft", die Wochenzeitung des Gesamtverbandes, wird auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten und in Verbindung mit den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches bis zum 26. März 1933 verboten. Grund für das Verbot ist ein Leserbrief in der Ausgabe vom 11. Februar 1933.</p>	<p>17.02.: Berlin, mit Erlass werden die Polizeibehörden angewiesen, zu den „nationalen Verbänden [...] bestes Einvernehmen“ herzustellen und „jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen“.</p> <p>18.02.: Halle, in einer NSDAP-Mitgliederversammlung fordert der Gauleiter Jordan die Mitglieder auf, jede Versammlung der SPD oder KPD durch Zwischenrufe oder sonstige Störungen „unfriedlich zu machen“, damit die von der Polizei aufgelöst werden können.</p> <p>19.02. Dresden, Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick (NSDAP) sagt u.a. „... Wenn man sagt, wir hätten kein Programm, so ist doch der Name Hitler Programm genug.“</p> <p>20.02.: Berlin, Reichstagspräsidentenpalais, NSDAP-Partei-spendentreffen 25 führender Industrieller (u.a. Dr. Bosch, Flick, Krupp v. Bohlen u. Halbach, Dr. Schacht, Freiherr v. Schröder, v. Schnitzler, Springorum (Hoechst AG), Tengelmann (Gelsenkirchener Bergwerks AG), Thyssen und Dr. Vögler (Vereinigte Stahlwerke). Reichskanzler Hitler u.a. „Wir stehen heute vor folgender Situation: Weimar hat uns eine bestimmte Verfassungsform aufoktroziert, mit der man uns auf eine demokratische Basis gestellt hat. Damit ist uns aber keine leistungsfähige Regierungsgewalt beschert worden ... wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen...“, Reichstagspräsident Göring: „Das erbetene Opfer (RM 3.000.000-Spende) wird der Industrie sicherlich umso leichter fallen, wenn sie weiß, dass die Wahlen am 5. März die letzten innerhalb von 10 Jahren voraussichtlich aber von 100 Jahren sein werden...“.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>21.02.: Hannover, SA-Leute inszenieren am Lister Turm eine wilde Schießerei gegen unbewaffnete Reichsbanner-Männer. Zwei Tote, 21 Schwerverletzte, sieben Leichtverletzte.</p> <p>22.02.: Hannover, „Das ist Hannovers Freiheitsarmee – Die Riesenmenge auf dem Klagesmarkt“. Etwa 40.000 Menschen demonstrieren gegen das mehrfache Verbot von KPD- und SPD-Zeitungen.</p> <p>24.02.: Hildesheim, Kundgebung in der Stadthalle mit Kollegen Reichel, 2. Vorsitzender des Deutschen-Metallarbeiter-Verbandes [DMV), das Motto: „Volk im Kampf!“</p> <p>24.02.: Hannover, Rundschreiben an alle Mieter im Gewerkschaftshaus, „... die politischen Verhältnisse erfordern [es], dass ein weit stärkerer Schutz des Hauses durchgeführt wird. ...“</p> <p>24.02.: Hameln, vor dem Betriebsgebäude der hiesigen sozialdemokratischen Zeitung entstand nach 18 Uhr ein Auflauf. Zwischen einem Zettelverteiler der SPD und SA-Leuten kam es wegen eines Wahlzettels zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Anhänger beider Gruppen sich in der Heiligegeiststraße versammelten.</p> <p>25./26.02.: Magdeburg, 3.000 Uniformierte der SA-Standarte Magdeburg und des SA-Sturmbanners marschieren mit Fackeln zum Domplatz, „um das rote Magdeburg zu erobern“. Insgesamt 15.000 Mitglieder der SA, SS und der Hitlerjugend aus dem NSDAP-Gau Magdeburg nahmen an dem Treffen teil.</p> <p>26.02.: Hannover, der letzte große gewerkschaftlich organisierte Protest aus Anlass des Überfalls auf Reichsbanner-Männer am Lister Turm – das Motto: „Hannover bleibt rot“.</p>	<p>24.02.: Berlin, Brief des ADGB-Vorstands an das Polizeipräsidium, „in der zurückliegenden Zeit haben sich zahlreiche Überfälle ereignet, [...] kurze Rücksprache, damit wir Klarheit erhalten, ob und in welchem Umfange wir auf den Polizeischutz [für die Gewerkschaftshäuser] rechnen dürfen“.</p>	<p>21.02.: Berlin, Brief an den Reichspräsidenten; Grund ist ein Runderlass des preußischen Innenminister. Die preußischen Polizeibehörden werden aufgefordert, zu den „nationalen Verbänden bestes Einvernehmen herzustellen“.</p> <p>22.02.: Berlin, SA, SS und Stahlhelm werden offiziell zu Einheiten einer Hilfspolizei im Land Preußen benannt.</p> <p>22.02.: Berlin, Betriebsratswahlergebnisse, im Aschinger-Konzern stimmen 726 für die Liste der Freien Gewerkschaften, RGO-Liste erhält 607 Stimmen, die Nazi-Liste erhält 337 Stimmen. Die Mandatsverteilung Freie Gewerkschaften 6 Mandaten, RGO 5 und NS-Liste 2 Mandate.</p> <p>25.02.: Berlin, eine Resolution, der SPD, den Gewerkschaften, „Liga für Menschenrechte“, katholischen Organisationen wird verabschiedet. Es heißt u.a.: „... Durch die Notverordnung vom 04.02.1933 und die Art ihrer Anwendung ist sein letzter Rest beseitigt. Schon ist die Freiheit der Wissens-Schaft und Kunst [...] angetastet. Der Rundfunk ist zum Werk-Zeug einseitiger Politik geworden. Ohne die Freiheit geistigen Kampfes erlischt die politische Kraft unseres Volkes nach innen und nach außen“.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>27.02.: Braunschweig, aus den Reihen von SA, SS und Stahlhelm soll eine Einheit Hilfspolizei „tätig werden“. Die Stadt beabsichtigt, 200 Hilfspolizisten einzustellen, erster Dienstag soll der 5. März sein.</p> <p>28.02. Magdeburg, die Redaktionsräume von „Volksstimme“ und „Tribüne“ werden durchsucht und verwüstet.</p> <p>28.02.: Hameln, Schlagzeile in der die Deister- und Weserzeitung: "Kommunisten zünden den Reichstag an."</p> <p>28.02.: Peine, nach den Ereignissen des Reichstagsbrandes wird das Gewerkschaftshaus „durchsucht“.</p> <p>28.02.: Hannover, im Gewerkschaftshaus wird eine polizeiliche Durchsuchung veranlasst und durchgeführt. Gegen sieben Gewerkschaftsfunktionäre werden Verfahren eingeleitet wegen Waffenbesitzes; die Waffen waren eine Pistole, Gummiknüppel, Eisenstangen ...</p> <p>28.02.: Bitterfeld, die ADGB-Büros werden von etwa 25 SA- und SS-Leuten überfallen.</p>	<p>28.02.: Berlin, einen Tag nach dem Brand im Reichstag, erörtert der Bundesausschuss des ADGB die politische Lage. Der Bundesausschuss erklärt: "Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, dass einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehöre."</p> <p>Ende Februar: 46,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind arbeitslos, 23,6 Prozent arbeiten kurz.</p>	<p>27.02.: Berlin, der Reichstag brennt. Hitler erklärt an der Brandstelle: "Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen, niemand wird uns von nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten." Marinus van der Lubbe wird am Brandort verhaftet, dort fordern NSDAP-Spitzenfunktionäre: „... alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht ...“. Mehr als 10.000 Sozialdemokraten und Kommunisten werden in den nächsten Tagen reichsweit verhaftet.</p> <p>28.02.: Berlin, die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ setzt die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte außer Kraft. Diese Verordnung und weitere über 460 Sondergesetze und Verordnungen, die in den ersten Monaten erlassen werden, legalisieren die brutalen Ausschreitungen und Gewalttaten.</p> <p>28.02.: Deutsches Reich, die Nazis beginnen „auch mit Leuten aufzuräumen“, die mit den Kommunisten wenig oder nur am Rande zu tun haben. Carl von Ossietzky, der Herausgeber der Weltbühne, wird an diesem Tag ebenso in „Schutzhaft“ genommen wie die Schriftsteller Erich Mühsam, Ludwig Renn, Egon Erwin Kisch und viele andere Menschen.</p>
<p>März 1933</p> <p>01.03.: Braunschweig, „... alle im Freistaat Braunschweig erscheinenden kommunistischen und sozialdemokratischen Schriften werden für zwei Wochen verboten – zum Schutze von Volk und Staat ...“.</p> <p>01.03.: Hannover, Polizei durchsucht das Gewerkschaftshaus, nach einigen Stunden wird es wieder freigegeben.</p> <p>02.03.: Hameln, drei Tage vor den Reichstagswahlen wird die „Niedersächsische Volksstimme“ verboten.</p> <p>02.03.: Dessau, die polizeiliche Schließung der „Volksblatt-Druckerei“ vom 01.03. wurde am Nachmittag rückgängig gemacht, das Siegel wurde entfernt.</p>	<p>01.03.: Frankfurt/Main, der ADGB-Bezirksausschuss Hessen ruft seine Mitglieder auf Ruhe zu bewahren und gegen jeden Übergriff der Nationalsozialisten beim Reichspräsidenten zu protestieren.</p> <p>01.03.: Berlin, ADGB-Brief an den Reichspräsidenten zu NS-Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Bitterfeld.</p> <p>02.03.: In Preußen wird die Beflaggung staatlicher und kommunaler Gebäude mit Schwarz-Weiß-Rot statt mit schwarz-rot-gold angeordnet.</p>	<p>02.03.: Berlin, Betriebsratswahlergebnis von der Bewag, die Freien Gewerkschaften erhielten 3.043 Stimmen, die RGO-Liste 156 Stimmen, die NSDAP-Liste 56 Stimmen; damit gehen alle 16 Mandate an die Kandidaten der Freien Gewerkschaften. Bei den Gaswerken gehen 8 Mandate an die Gewerkschaftsliste, 6 Mandate an die RGO-Liste [KPD].</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>03.03.: Bremerhaven, zwei Tage vor der Reichstagswahl findet eine letzte große Demonstration gegen den Faschismus statt. 9.000 Bremerhavener, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Mitglieder der Konsumvereine sind dabei. Der Reichsbanner mit Trommeln und Pfeifen, Kommunisten mit Schallmaienkapellen marschieren in einem langen Zug geht es von Bremerhaven nach Lehe.</p> <p>03.03.: Peine, 14 Peiner KPD-Funktionäre werden verhaftet, Mitte April werden sie vom Amtsgerichtsgefängnis Hildesheim in das KZ Moringen „verlegt“.</p> <p>04.03.: Hannover, NSDAP-Kundgebung im Zelt auf dem Welfenplatz mit Prinz August Wilhelm von Preußen.</p> <p>04.03.: Göttingen, am Nachmittag erscheinen SA-Mannschaften im Rathaus und hissen - von niemandem gehindert - die Hakenkreuzfahne.</p> <p>05.03.: Magdeburg, auf dem Rohbau des Gewerkschaftshauses Ratswaageplatz wird die Hakenkreuzfahne gehisst; sie wird auf allgemeinen Protest wieder entfernt.</p> <p>05.03.: Göttingen, die Schaufenster „politisch linksstehender und jüdischer Geschäftsleute“ werden mit Ofenschwärze beschmiert.</p> <p>06.03.: Hannover, eine Versammlung der Eisernen Front“ wird von Polizei und SA im Gewerkschaftshaus aufgelöst.</p> <p>07.03.: Hannover/Emden und weitere Städte in Niedersachsen, auf den Rathäusern werden Hakenkreuzfahnen gehisst.</p> <p>08.03.: Göttingen, Betriebsratswahlergebnisse, Deutsche Feilen- und Maschinenfabrik [GÖ] Freie Gewerkschaften 6 Mandate, Christliche 3 Mandate</p> <p>08.03.: Duderstadt, Betriebsratswahlergebnisse, in der „Feilenfabrik“ erhalten Freie Gewerkschaften 4 Mandate, Christliche 2 Mandate.</p>	<p>04.03.: Berlin, das Erscheinen der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird bis zum 15.03. verboten.</p> <p>05.03.: Reichstagswahlen, mit über 43 Prozent erreicht die NSDAP nicht die absolute Mehrheit.</p> <p>06.03.: Bernau (bei Berlin), die ADGB-Bundesschule wird von 300 SA-Leuten umstellt und von der Polizei durchsucht. 8. März 30 SA-Leute besetzen die Bundesschule und transportieren die Schüler nach Berlin. Im Laufe des Nachmittags wird die Schule wieder freigegeben.</p> <p>08.03.: Berlin, der ADGB-Bundesvorstand protestiert gegen die Besetzung vieler Parteibüros und Gewerkschaftshäuser in Berlin, Breslau, Dresden, Kassel und Kiel sowie der ADGB-Bundesschule durch SA und SS.</p>	<p>03.03.: Frankfurt/Main, Reichspräsident Göring hält eine Wahlkampfreden. Zum Reichstagsbrand sagt er u. a.: „... Volksgenossen, meine Maßnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendwelche juristische Bedenken. Meine Maßnahmen werden nicht angekränkt sein durch irgendeine Bürokratie. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts.“</p> <p>Anfang März: Berlin, die zwölf Gebote der NSDAP aus dem Organisationshandbuch:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Führer hat immer Recht! 2. Verletze nie die Disziplin! 3. Vergeude nie deine Zeit in Schwätzereien, in selbstgefälliger Kritik, sondern fasse an und schaffe! 4. Sei stolz, aber nicht dünkelfhaft! 5. Das Programm sei dir Dogma; es fordert von dir äußerste Hingebung an die Bewegung! 6. Du bist Repräsentant der Partei, danach richte dein Betragen und Auftreten! 7. Treue und Selbstlosigkeit sei dir höchstes Gebot! 8. Übe treue Kameradschaft, dann bist du ein wahrer Sozialist! 9. Behandle deine Volksgenossen so, wie du behandelt zu werden wünschst! 10. Im Kampfe sei zäh und verschwiegen! 11. Mut ist nicht Rüpelhaftigkeit! 12. Recht ist, was der Bewegung und damit Deutschland, d.h. deinem Volke nützt! <p>08.03.: Berlin, NSDAP-Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick äußert sich über gewählte KPD-Reichstagsmitglieder zur Reichstagseröffnung: „Kommunisten [werden] durch dringendere und nützlichere Arbeiten verhindert sein, an der Sitzung teilzunehmen. Dazu werden wir ihnen in den Konzentrationslagern Gelegenheit gegeben.“</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>09.03.: Goslar, „Geborstene Säulen der SPD“, unter diesem Aufmacher wird berichtet, dass Vienenburger SA-Leute zwei schwarz-rot-goldene Fahnen verbrannt und das Gewerkschaftshaus besetzt haben.</p> <p>09. 03.: Braunschweig, am Nachmittag wird das Gewerkschafts- und Parteihaus, das „Rote Schloss“, von SA-/SS-Leuten besetzt und verwüstet, Geschäftsbücher und Traditionsfahnen werden auf dem „Ackerhof“ verbrannt.</p> <p>11.03.: Braunschweig, SA-Leute haben in der Nacht die Schaufenster von jüdischen Geschäften beschmiert.</p> <p>11.03.: Osnabrück, das Gewerkschaftshaus wird durch SS besetzt.</p> <p>12.03.: Hameln, das Gewerkschaftshaus wird zum ersten Mal durchsucht. Nationalsozialisten haben es auf die Druckerei der Niedersächsischen Volksstimme in der Heiliggeiststraße abgesehen; die Druckerei versiegelt.</p> <p>12.03.: Dessau, Polizei durchsucht das Gewerkschaftshaus und das Versammlungshaus „Tivoli“, „Spargelder“ werden von den Nazis beschlagnahmt.</p> <p>13.03.: Hildesheim, das Gewerkschaftshaus wird insgesamt dreimal besetzt. Die erste Durchsuchung durch SA und Stahlhelm am 13.3. verlief noch vergleichsweise „friedlich“, da die Polizei Gewalttätigkeiten seitens dieser Gruppen verhindert.</p> <p>13.03.: Halle, das Gewerkschaftshaus wird von SA besetzt; auf Anordnung der Polizei bleiben die Räume geschlossen.</p> <p>14.03.: Quedlinburg, das Gewerkschaftshaus wird besetzt, es heißt jetzt „Horst-Wessel-Haus“ und der „Ebert-Saal“ trägt den Namen „Horst-Wessel-Saal“.</p>	<p>09.03. München, SA stürmt das Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße gewaltsam und besetzt es. Im Vertrauen auf ihre Führung und auf die Hilfe der Polizei verzichten die Gewerkschafter auf eine Gegenwehr. Doch der Schutz bleibt aus.</p> <p>10.03.: Berlin, ADGB-Vorsitzende Leipart wendet sich an den Reichspräsidenten, „der Rechtsunsicherheit Einhalt zu gebieten, die in zahlreichen deutschen Städten und Eigentum der deutschen Arbeiterschaft bedroht“.</p> <p>11.03.: Bochum, die Zentrale des Bergbauindustrieverbandes wird in Bochum von den SA-Besatzungen zweier LKWs gestürmt und besetzt, die Bibliothek des Verbandes (10.000 Bände 1926) wird zwar nicht „in nennenswertem Maße“ geschädigt, jedoch aus den Handbibliotheken der einzelnen Abteilungen werden Bücher zusammen mit Druckschriften auf dem Hofe des Verbandshauses verbrannt.</p> <p>13.03.: Berlin, die ADGB-„Gewerkschaftszeitung“ nimmt Stellung zum Ausgang der Reichstagswahl. Das Reichskabinett verfügt „im Reichstag über eine unantastbare regierungsfähige Mehrheit“. ... Sie wird auch daran erinnert, dass „diese der Regierung gegebenen Möglichkeiten eine Verpflichtung einschließen“.</p>	<p>11.03.: Berlin, Reichspräsident von Hindenburg verfügt in einem Erlass die Errichtung des Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. „Für Zwecke der Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes wird ein Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda errichtet. Minister wird Dr. Joseph Goebbels.</p> <p>13.03.: Berlin, Josef Goebbels wird „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“.</p> <p>13.03.: München, Bayerische Bischofskonferenz; Kardinal Faulhaber erklärt u.a.: „... Papst Pius XI. lobe Hitlers Anti-Kommunismus ...“.</p> <p>14.03.: Dresden, der Deutsche Handlungsgehilfenverein (DHV), Gau Sachsen, hat telegrafisch den Reichskommissar für Sachsen gebeten, den 1. Mai-Feiertag als „Symbol des Internationalern Proletariats“ aufzuheben.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>14.03.: Braunschweig, der Landtag tritt zu seiner ersten und letzten Sitzung nach der "Machtübernahme" zusammen, es fehlt die gesamte politische Linke, denn fast alle Abgeordneten sind mit brutaler Gewalt zum Mandatsverzicht gezwungen worden, die NS-Abgeordneten erscheinen in SA-Uniform.</p> <p>15.03.: Goslar, die NSDAP-Führung fordert die Entlassung der Bergmänner Fritz Wiederhold und Rudolf Bosse; beide aktive Gewerkschaftsmitglieder werden entlassen, Rudolf Bosse sogar fristlos.</p> <p>15.03.: Quedlinburg, in der Nacht 15./16.03. werden im Gewerkschaftshaus erneute Hausdurchsuchungen durchgeführt; der „Fund“ sind ein Totschläger und ein Dolch.</p> <p>16.03.: Hannover, der Polizeipräsident Johann Habben regt beim Regierungspräsidenten in Hannover an, alle Polizeihäftlinge in ein Sammellager zu überführen.</p> <p>17.03.: Göttingen, zahlreiche Schaufenster jüdischer Geschäftsleute werden mit Glasschneidern beschädigt</p> <p>21.03.: Hannover, Fackelzug von NSDAP-Mitgliedern zur Bismarcksäule in den Maschwiesen.</p>	<p>14.03.: Berlin, der Leiter der NSBO, Walter Schumann, schreibt an den preußischen Innenminister und fordert u.a.: „... die Überwachung der noch nicht gestürzten Gewerkschaftshäuser und die Überwachung der Gewerkschaftsarbeit durch die NSBO ...“.</p> <p>18.03.: Berlin, die Zeitung „Der Gewerkschafter“ erscheint wieder. Im Leitartikel heißt es u.a., „Gleichviel, wie die Regierungen auch heißen und zusammengesetzt sein mögen, zur Wahrung der Arbeitnehmerrechte brauchen wir die gewerkschaftliche Organisation“.</p> <p>20.03.: Berlin, öffentliche Erklärung des ADGB-Vorstands, u.a. sprechen sie sich für den Erhalt der Gewerkschaften aus ... gleichzeitig wird eine staatliche Aufsicht „... als unter Umständen als durchaus förderlich ...“ bezeichnet; es wird die Bereitschaft erklärt „... mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen ... dienlich zu sein.“</p> <p>21.03.: Berlin, Leipart übergibt im Auftrag des ADGB-Bundesvorstandes eine Erklärung an Hitler, es heißt darin, „dass die Gewerkschaften ein unerlässlicher Bestandteil der sozialen Ordnung seien“, dass sie jedoch „auch kein Monopol für sich beanspruchten.“</p>	<p>14.03.: Berlin, in einem internen Schreiben vom Leiter der NSBO, Walter Schumann, fordert er die NSDAP-Führung auf, die noch nicht gestürzten Gewerkschaftshäuser und die Gewerkschaftsarbeit durch NSBO-Beauftragte zu überwachen. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die Nationalsozialisten die Arbeitermassen nicht in vollem Umfang erreicht hat, deshalb „... müssen die Gewerkschaften erobert werden“.</p> <p>16./17.03.: Essen, Sitzung der christlichen Gewerkschaften; in der man geht davon aus, dass sie ihre Arbeit fortsetzen können. Dieser Optimismus wird genährt durch die starke Stellung der christlichen Gewerkschaften an der Saar, auf die die Nationalsozialisten bei einer Rückkehr des „Sargebiets in das Reich“ nicht unbedingt von Anfang an verzichten würden.</p> <p>18.03.: Zürich, die Exekutive der Sozialistischen-Arbeiter-Internationale (SAI) beschließt ohne Beteiligung der deutschen Vertreter auf ihrer Tagung eine Resolution „Kampf dem Faschismus“.</p> <p>20.03.: Berlin, dem ADGB-Bundesvorstand liegen aus 200 Orten des deutschen Reiches Meldungen über Nazi-Überfälle auf Gewerkschaftseinrichtungen und Funktionäre vor.</p> <p>21.03.: Berlin, Erlass des „Heimtückegesetzes“ – eine „Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ – auch eine Amnestie für alle Nazis die wg. Terrorakte verurteilt sind.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>21.03.: Leer, auf dem Gebäude der jüdischen Volksschule an der Ubbo-Emmius-Straße wird, auf Anordnung der vorgesetzten Behörde, eine Hakenkreuzfahne gehisst. Sie wird abends von der SA beschlagnahmt.</p> <p>23.03.: Bremerhaven, Polizei und SA durchsuchen das Gewerkschaftshaus "Eintracht" in der Deichstraße. Den Betriebsräten und Betriebsobleuten wurde die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagt.</p> <p>24.03.: Hameln, im Hamelner Gefängnis sitzen insgesamt 85 Kommunisten und Sozialdemokraten aus Hameln und Umgebung ein.</p> <p>24.03.: Hannover, Wilhelm Hoegner mit bayerischen Reichstagskollegen in Hannover. „Wir fanden das Gewerkschaftshaus mit Stacheldrahtverhauen gesichert und die Eingänge von Reichsbannerleuten in Uniform gesichert. Da ging uns das Herz auf ...“.</p>	<p>21.03.: Berlin, aus einem Bericht der NS-Tageszeitung „Völkischer Beobachter“: „Am Mittwoch wird in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen von 5.000 Menschen errichtet werden. [...] da es auf Dauer nicht möglich ist, diese Funktionäre in den Gefängnissen unterzubringen. [...]“.</p> <p>22.03.: In Deutschland wird der „Der Tag des Buches“ begangen. Im Völkischen Beobachter ist zu lesen, das Ereignis diene vor allem dazu, den politischen und geistigen Sinn zu schärfen für alles, was deutsch sei, den Mut und Willen zu stärken, „alles, was deutsch ist, peinlich zu scheiden von dem, was nichtdeutsch ist“. Ein Anfang müsse gemacht werden „für den Aufbau einer dauernden Verbindung zwischen deutschem Volk und deutschem Buch“.</p> <p>23.03.: Berlin, Reichstag billigt mit einer Zweidrittelmehrheit das Ermächtigungsgesetz und verzichtet damit auf seine Gesetzgebungskompetenz. Die ADGB-Zeitung „Gewerkschaft“ versucht zu beruhigen: "Eine grundsätzliche Neuregelung der Gewerkschaften wird zurzeit weder vom Reichskabinett behandelt noch besteht hierfür eine klar erkennbare Absicht."</p> <p>24.03.: Berlin, „Die Gewerkschaftsfrage“; der Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts erarbeitet Vorschläge für das Kabinett unter Hitler. „Man nimmt an, dass es um die Gesamtheit der Gewerkschaftsfrage geht, während es vor einigen Tagen noch zunächst nur um das Aufbrechen des Gewerkschaftsmonopols ging. [...] Der Reichskanzler hat sich in der Gewerkschaftsfrage die letzte Entscheidung persönlich vorbehalten“.</p>	<p>21.03.: Potsdam, Garnisonskirche, Reichstageröffnung mit Reichspräsident von Hindenburg u.a.: „Möge der alte Geist dieser Ruhmesstätte auch das heutige Geschlecht beseelen, möge er uns [...] in nationaler Selbstbesinnung [...] zusammenführen zum Segen eines in sich geeinten, freien, stolzen Deutschland...“. Reichskanzler Hitler stellt u.a. fest: „In einer einzigartigen Erhebung hat das Volk in wenigen Wochen die nationale Ehre wieder hergestellt...“</p> <p>22.03.: Dachau, das erste deutsche Konzentrationslager wird eingerichtet.</p> <p>23.03.: Oranienburg, auf dem ehemaligen Brauereigelände wird ein Konzentrationslager eingerichtet.</p> <p>23.03.: Berlin, in der Krolloper tagt der Reichstag, der Entwurf für ein „Ermächtigungsgesetz wird zur „Abstimmung“ vorgelegt, Hitler werden damit für vier Jahre unumschränkte Vollmachten erteilt; 84 SPD-Abgeordnete stimmen mit „Nein“, 81 KPD-Abgeordnete hatte man bereits „ausgeschaltet“. 441 Abgeordnete, aus der Zentrumspartei und dem liberalen Lager (Theodor Heuß), stimmen für die Annahme.</p> <p>24.03.: Berlin, Dankadresse des Reichsverbandes der deutschen Industrie an Hitler.</p> <p>24.03.: Hohegeiß, Hitler wird Ehrenbürger.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>25.03.: Magdeburg, die „nationale Revolution“ hält Einzug im Rathaus, Dr. Markmann (NSDAP) wird kommissarischer Oberbürgermeister.</p> <p>25.03.: Bremen, die Gewerkschaftshäuser werden von SA- und SS-Truppen besetzt.</p> <p>27.03.: Braunschweig, der „Stahlhelm-Putsch“; ehemalige Angehörige des verfolgten „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ sollen in den Stahlhelm aufgenommen werden, Ort ist das AOK-Gebäude. SA-, SS- und reguläre Polizeieinheiten umstellen das Gebäude und nehmen etwa 1.450 Stahlhelm-Aspiranten fest, die, wenn sie als alte Kommunisten, Sozialdemokraten oder Gewerkschafter identifiziert werden, brutal misshandelt werden. Noch am gleichen Tag wird der Stahlhelm von Braunschweigs Ministerpräsident Klagges aufgelöst.</p> <p>28.03.: Braunschweig, ab ca. 22 Uhr werden insgesamt 1.350 verhaftete Männer aus dem Gebäude der Ortskrankenkasse entlassen; 100 Männer bleiben in Haft.</p> <p>29.03.: Oldenburg, Boykottbeschluss der örtlichen NS-Parteileitung; „... Der Boykott setzt schlagartig Sonnabend den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags, ein. [...] das Judentum wird wissen, wem es den Kampf angesagt hat“.</p> <p>29.03.: Halberstadt, die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Hitler die Ehrenbürgerschaft anzutragen; Straßenumbenennungen werden beschlossen, z.B. in Adolf-Hitler-Straße und Hindenburgstraße.</p> <p>Ende März: Schönebeck – Wernigerode, in den letzten Märztagen werden die Verwaltungsgebäude und Büros des ADGB durch SA, SS und Polizei besetzt.</p> <p>31.03.: Bremen, der Reichsstatthalter Röver (ab Mai 1933) auch für Bremen zuständig, verfügt die Einrichtung von Sondergerichten auch in Oldenburg.</p>	<p>25.03.: Berlin, die Vorstände einiger ADGB-Gewerkschaften an ihre Mitglieder zur Situation nach den Reichstagswahlen; „... ihre Mitglieder zu festem Zusammenstehen aufzurufen. [...] Werbt von Haus zu Haus ... für die freigewerkschaftliche List zu den Betriebsratswahlen. [...] Der Erfolg wird unser sein, wenn alle Mitglieder es wollen und jeder Kamerad seine ganze Person für unsere gute Sache einsetzt!“</p> <p>28.03.: Berlin, aus Protest gegen die Haltung des ADGB gegenüber den Nationalsozialisten legt S. Aufhäuser, Vorsitzender des AfA-Bundes, sein Amt nieder.</p> <p>29.03.: Berlin, die gewählten Betriebsräte werden von den Nazis gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Am gleichen Tag erklärt Leipart die Bereitschaft des ADGB zur völligen Trennung der freien Gewerkschaften von der SPD und als Zeichen von Kompromissbereitschaft die Zusammenarbeit seiner Organisation mit den Unternehmern zwecks Lösung anstehender sozialer Fragen.</p> <p>29.03.: Berlin, Brief vom ADGB-Vorstand an Reichskanzler/Reichsarbeitsminister Hitler, mit der Aufforderung dafür zu sorgen, die Ausübung der Arbeit der neugewählten Betriebsräte sicherzustellen.</p>	<p>25.03.: Berlin, Reichsminister Dr. Goebbels spricht zu deutschen Rundfunkintendanten: „... Wir sind heute die Herren von Deutschland und an dieser Tatsache wird nichts mehr geändert. [...] Der Geist der pöbelhaften individualistischen Massen-Anbetung wird ersetzt durch den Geist eines neuen Heroismus [...] Dieser Geist wird auch in den Häusern des Rundfunks Einzug halten. Und es wäre nun naiv zu glauben, dass irgendein Mensch die Kraft oder die Möglichkeit hätte, sich dem zu widersetzen [...] Und sowie sich die geistige Revolution auf dem Gebiet der Politik schon durchgesetzt hat [...] so wird sie auch die Rundfunkhäuser erobern.“</p> <p>28.03.: Fulda, die Bischofskonferenz verabschiedet eine Loyalitätserklärung für das NS-Regime.</p> <p>29.03.: Fulda, „Katholische Kirche und NSDAP“, unter diesem Titel wird berichtet, dass die Fuldaer Bischofskonferenz eine Erklärung herausgibt; „... danach glaubt das Episkopat, dass die allgemeinen Verbote und Warnungen gegen den Nationalsozialismus nicht mehr notwendig sind ...“.</p> <p>30.03.: Nürnberg, Julius Streicher, der Führer des „Zentral-Komitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotttheze“ veröffentlicht acht Grundsätze zum Boykott jüdischer Geschäfte, Waren usw. für den „NS-Aktionstag“ am 01.04.1933.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>31.03.: Göttingen, konstituierende Sitzung der Bürgervorsteher. Die SPD vertreten u.a. der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes Franz Arnholdt, Schriftsetzer Heinrich Ische, Gewerkschaftssekretär Theodor Bernhard, Karl Schrader und August Pape.</p> <p>April 1933</p> <p>01.04.: Hannover, das ADGB-Gewerkschaftshaus an der Goseriende wird von der 12.-SS-Standarte gestürmt, später wird das Gebäude des Fabrikarbeiterverbandes am Rathenau-Platz 3 besetzt. Auf beiden Gebäuden wird die Hakenkreuzfahne aufgezogen. Ebenfalls wird das Verwaltungsgebäude der KPD an der Andertenschen Wiese besetzt.</p> <p>01.04.: Haldensleben, Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die SA gegen den Willen der Polizei.</p> <p>02.04.: Osnabrück, in das Gewerkschaftshaus wird eingebrochen, die Inneneinrichtungen werden zerstört bzw. beschädigt, „Büromaschinen sind verschleppt“.</p> <p>03.04.: Hannover, jeder Besucher des Gewerkschaftshauses muss das Wachlokal der SA passieren und wird auf Waffen untersucht.</p> <p>04.04.: Hannover, der Polizeipräsident lässt eine Tafel vor dem Gewerkschaftshaus aufstellen, wonach das „... zwecklose Hin- und Hergehen vor dem Gewerkschaftshaus sowie das stehenbleiben auf der Straße verboten und mit Strafe bedroht ist“.</p> <p>04.04.: Hildesheim, ein zweiter Vorfall, der sich am Abend abspielt, ist durch gewaltsames Vorgehen der NS-Täter gekennzeichnet. Eines der Opfer stirbt an den schweren Verletzungen. Bürgermeister Heinrich Schmidt (NSDAP), ist für die Aktion verantwortlich.</p>	<p>01.04.: Der Vorsitzende des Gewerksvereins Deutscher Metallarbeiter, Anton Erkelenz (SPD), wendet sich in persönlichen Appellen an die Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde, endlich die Einheitsgewerkschaft zu bilden.</p> <p>02.04.: Berlin, der erste Rundschreibenentwurf des Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda sieht für den „Ablauf des Verbrennungsaktes in Berlin“ [gemeint ist die Bücherverbrennung] eine „Rede von Minister Pg. Goebbels“ vor.</p>	<p>31. 3.: Berlin, mit dem Gesetz zur "Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" werden außer dem preußischen Landtag alle Länderparlamente aufgelöst. Ihre neue Zusammensetzung richtet sich nach der des Reichstags.</p> <p>01.04.: „Tag des Judenboykotts“, erstes planmäßiges Pogrom zur „Abwehr der jüdischen Greuelhetze gegen das neue Deutschland“ mit SA-Mitgliedern vor jüdischen Geschäften, Arztpraxen, Anwaltskanzleien. Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“ „Achtung Deutsche! Diese jüdischen Inhaber...sind Schädlinge und Totengräber des deutschen Handwerks! Sie zahlen dem deutschen Arbeiter Hungerlöhne! ...“, zum Teil wird für Auslandspreise eine zweisprachige Information herausgegeben: „Deutsche, verteidigt Euch gegen die jüdische Gräuelpopaganda ...!“.</p> <p>04.04.: Berlin, als Versuchsballon zum Verhalten der Gewerkschaften wird das „Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen“ erlassen; das Gesetz beinhaltet auch die Vertagung der Betriebsratswahlen bis zum 30.09.; „staat- und wirtschaftsfeindliche Betriebsräte“ verlieren ihre Mandate.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>05.04.: Hannover, Razzia der Polizei in den Lindener Laubenkolonien.</p> <p>05.04.: Bremen, Verordnung zur Neubildung der Bürgerschaft aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933.</p> <p>07.04.: Göttingen, vor den stattfindenden Ausschussswahlen werden die SPD-Bürgervorsteher Arnholdt, Bernhard, Borowski, Herbig und Pape einfach in Haft genommen - wegen „staatsgefährlicher Umtriebe“.</p>	<p>05.04.: Berlin, In einem Brief des ADGB wird festgestellt, dass bereits 60 Gewerkschaftshäuser besetzt sind. Weiterhin soll der ADGB-Bundesvorstand das Lebensrecht der Gewerkschaften wahren. Nach eingehenden Beratungen beauftragt der ADGB-Bundesausschuss den Bundesvorstand, „seine Bemühungen fortzusetzen, das Lebensrecht der Gewerkschaften auch in dem neuen Staat zu wahren“.</p> <p>05.04.: Leipzig, aus den Leipziger Räumen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, des Personen- und Warenverkehrs werden nach Mitteilungen des ADGB-Bundesvorstandes „sämtliche Akten, Bücher, Archive usw.“ entfernt und, „wie an den Brandstellen in den Höfen zu erkennen ist, verbrannt“.</p> <p>06.04.: Berlin, das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wird erlassen; d.h. „zur Säuberung des Staatsapparates von Nichtariern und politischen Gegnern“.</p>	<p>Besetzt sind bis zum 03.04. nachstehende Gewerkschaftshäuser: Aachen, Annaberg, Auerbach, Bautzen, Bitterfeld, Bremen, Breslau, Bunzlau, Braunschweig, Castrop-Rauxel, Cleve, Dresden, Duisburg, Dresden, Döbeln, Freiburg im Breisgau, Frankfurt/M., Goch, Gelsenkirchen, Greifswald, Hamborn, Hannover, Kassel, Leipzig, Ludwigshafen. Meißen, Neuhaldeleben, Nürnberg, Olbernhau, Osnabrück, Oberhausen, Plauen, Pirmasens, Reutlingen, Rosenheim, Sagan, Schneidemühl, Schönebeck, Solingen, Wernigerode, Wuppertal, Wurzen, Zittau, Zwickau, Zweibrücken, ...</p> <p>06.04.1933: Ein Rundschreiben wird versandt. Es informiert über die Bildung eines „Hauptamtes für Presse und Propaganda bei der Deutschen Studentenschaft“ und deutete an, dass ab dem 12. April mit einer vierwöchigen Aktion bis zum 10. Mai zu rechnen sei, die die „gesamte Studentenschaft und die gesamte deutsche Öffentlichkeit“ erfassen soll.</p> <p>07.04.: Berlin, der Generaldirektor der Reichsbahn erläutert was staats- oder wirtschaftsfeindliche Personen sind: „Betriebsvertretungsmitglieder, die eine feindselige Gesinnung gegen die neue Regierung[...] durch Wort und Tat zum Ausdruck bringen oder den Klassenkampfgedanken weiter verfiicht“. Es wird vom ADGB festgestellt, werden sie mit Gewalt ihres Amtes enthoben, müssen sie sich an staatliche Stellen wenden, um den alten Zustand wieder herzustellen.</p> <p>07.04.: Berlin, Einführung des „Arierparagrafen“; die Reichsregierung verhängt mit dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" ein Berufsverbot für jüdische und regimiekritische Beamte.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National und andere Organisationen	NSDAP - Besonderheiten
<p>08.04.: Hameln, das Gewerkschaftshaus wird zum zweiten Mal durchsucht.</p> <p>08.04.: Moringen, mit dem Kommandobefehl wird die „Unterbringung und Bewachung politischer Polizeihäftlinge im Provinzialwerkhaus in Moringen“ angeordnet.</p> <p>10.04.: Braunschweig, Matthias Theisen, Gewerkschaftssekretär des Baugewerksbundes stirbt nach tagelanger brutalster Folter, „... der ganze Körper war eine einzige Wunde“.</p> <p>10.04.: Hannover, die NSDAP-Leitung erklärt, kein Signal zur Gewerkschaftshaus-Besetzung gegeben zu haben.</p> <p>11.04.: Oldenburg, der Oldenburger Landeslehrerverein hält eine Neuordnung für notwendig, damit „der Einfluss der nationalsozialistischen Bewegung gesichert ist“.</p> <p>11./12.04.: Moringen, die ersten hundert Häftlinge aus Rinteln und Hannover treffen ein. Die Bewachung übernehmen unter dem Kommando eines Polizeioffiziers 20 Schutzpolizisten der Polizei Hannover und 30 „Hilfspolizisten“, die aus Moringen direkt rekrutiert werden.</p> <p>12.04.: Oldenburg, die Schule muss bedingungslos nationalsozialistisch sein – Programmrede des Staatsminister Spangemann in der Versammlung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes – „Die Ausführungen werden mit stürmischem Beifall aufgenommen“.</p> <p>12.04.: Göttingen, Hitler wird zu seinem Geburtstag die Ehrenbürgerschaft „angetragen“.</p>	<p>08.04.: In Sachsen und Bayern werden besetzte Gewerkschaftshäuser zwar geräumt, doch nur unter strengen Auflagen. So sind in Sachsen Gewerkschafter verpflichtet, "sich jeder feindlichen Einstellung und Agitation gegenüber der neuen Regierung zu enthalten".</p> <p>09.04.: Berlin, der Bundesausschuss des ADGB erklärt sich bereit, die Gewerkschaften „in den Dienst des neuen Staates zustellen“ und empfehlen sogar die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften „um eine einheitliche Durchführung sicherzustellen“ und „eine Wirksamkeit der Gewerkschaften zu ermöglichen“.</p> <p>10.04.: Berlin, das Gesetz zum 1. Mai als Feiertag wird erlassen. Der Tag der nationalen Arbeit ist arbeitsfrei.</p> <p>11.04.: Berlin, Brief des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA) an Reichskanzler Hitler mit einem Plan zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften; a) ... der deutschen Gewerkschaftsbewegung, b) ... der Angestelltenbewegung. „... sind die bestehenden Arbeitergewerkschaften zu einer neuen Deutschen Arbeiter-Gewerkschaft zu verschmelzen“.</p>	<p>08.04.: Berlin, mit dem Rundschreiben P No 2 wurden alle Beteiligte informiert: Folgen sollte in den nächsten Wochen eine „öffentliche Verbrennung jüdischen, zersetzenden Schrifttums durch die Studentenschaften der Hochschulen aus Anlass der schamlosen Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland. [...] Der jüdische Geist hat sich bereits hemmungslos offenbart und seinen Niederschlag gefunden ...“</p> <p>09.-11.04.: Genf, der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) verabschiedet eine Resolution „Kampf dem Faschismus“. Der Vorstand des IGB beschließt, seinen Sitz in Berlin aufzugeben und nach Paris zu verlegen.</p> <p>10.04.: Berlin, der 1. Mai wird per Gesetz zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt. Der amtierende Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Goebbels erklärt dazu: „Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.“</p> <p>11.04.: Berlin, der NSDStB erfährt erst an diesem Tag von den Planungen [den Bücherverbrennungen] und meldete mit einer Eil-Erklärung „selbstverständlich“ seinen Führungsanspruch an.</p> <p>11.04.: Berlin, Gespräch mit Vertretern der christlichen Gewerkschaften und Goebbels. Er wurde für die Zusicherung der Rücksichtnahme gegenüber christlichen Gewerkschaften die Teilnahme an den Maifeiern angeboten. Auf dieses „Geschäft“ ließ sich Goebbels nicht ein.</p> <p>12.04.: Berlin, zum Auftakt einer Informationsreihe mit dem Ziel der Bücherverbrennung am 10. Mai, werden die „12 Thesen wider den undeutschen Geist“ veröffentlicht.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>13.04.: Laaten, GroÙeinsatz von Polizei und SA, es wird insbesondere „nach sozialistischen und kommunistischen Schriften gesucht“.</p> <p>15.04.: Braunschweig, „Kommissarische Betriebsräte in Braunschweig“ – der Innenminister des Freistaates hat alle Betriebsräte abgesetzt, kommissarische Betriebsräte werden ernannt, die die Neubildung aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes durchzuführen haben.</p> <p>19.04.: Göttingen, in einer einberufenen Sitzung des Bürgervorsteherkollegiums wird die Ehrenbürgerschaft an Hitler beschlossen und u.a. begründet, „... dem genialen Führer unseres Volkes, der unser Vaterland vor den Schrecknissen des Bolschewismus und dadurch vor dem Untergange bewahrte und uns den Weg zum Wiederaufstieg wies, in dankbarer Verehrung das Ehrenbürgerrecht zu verleihen“.</p> <p>20.04.: Bremen, das Gewerkschaftshaus ist besetzt, die im Haus befindlichen Büros sind nicht geschlossen. Der NS-Kommissar, der die Verwaltungsgeschäfte übernommen hat erklärt, dass Gewerkschaftsführer in „Haft genommen würden“.</p> <p>20.04.: Oldenburg, „der Geburtstag des Reichskanzlers“ - „Die Straßen in der Innenstadt zeigen anlässlich des Geburtstags [...] reichen Flaggenschmuck. Von allen Gebäuden der Behörden und der Verwaltungen, der Kirchen und zahllosen Privathäusern bekunden die Hakenkreuzbanner [...] die Verbundenheit des Volkes mit seinem Kanzler ...“.</p>	<p>13.04.: Berlin, Besprechung zwischen dem ADGB und der NSBO über die Gewerkschaftsfrage. „Nach weiteren kurzen Erklärungen [...] wurde die Besprechung abgebrochen“.</p> <p>15.04.: Berlin, Bundesvorstand des ADGB dankt „dass die Reichsregierung diesen unseren Tag [1.Mai] zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewusst demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der Volksgemeinschaft werden. Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land, ihr seid die Pioniere des Maigedankens.“</p> <p>19.04.: Berlin, der ADGB-Vorstand ruft die Mitglieder der Gewerkschaften zur Beteiligung an den Maifeiern auf. Der Aufruf ist ein Dokument der Selbstaufgabe der ADGB-Gewerkschafter und auch ein Beweis, „wie gründlich“ die NS-Einheiten den gewerkschaftlichen Mittel- und Unterbau bereits zerstört haben.</p> <p>20.04.: Berlin, „zwischen den freigewerkschaftlichen Organisationen und den christlichen Gewerkschaften sind in den letzten Tagen Besprechungen geführt worden, die auch die Frage eines engeren Zusammengehens des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit dem ADGB berührt haben“.</p>	<p>13.04.: Bei einem Besuch in Italien erklärt Göring die grundsätzliche Übereinstimmung von Faschismus und Nationalsozialismus. Bei Gesprächen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini ergeben sich jedoch Differenzen, weil Italien die Souveränität Österreichs garantiert hat.</p> <p>16.04.: Obersalzberg, die Aktion der Besetzung der Gewerkschaftshäuser wird zwischen Adolf Hitler und Joseph Goebbels, seit 13. März 1933 Chef des neu geschaffenen „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“, beschlossen. Goebbels notiert am 17. April 1933: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. [...] Man darf hier keine Rücksicht mehr kennen.“ Zitat Robert Ley: „Als ich im April 1933 vom Führer den Auftrag bekam, die Gewerkschaften zu übernehmen, ist es nicht so gewesen, als ob wir ein fertiges Programm gehabt hätten“. In diesem Gespräch hat Hitler geäußert: „Wir wollen einmal sehen, was aus diesem Wechselbalg wird“.</p> <p>20.04.: Vatikan, der kath. Zentrumspartei-Vorsitzende Dr. L. Kaas' schickt Geburtstagstelegramm an Reichskanzler Hitler: „Zum heutigen Tage aufrichtige Segenswünsche und die Versicherung unbeirrter Mitarbeit am großen Werk der Schaffung eines innerlich geeinten, sozialbefriedeten [...] Deutschlands.“</p> <p>20.04.: Berlin, eine „Verordnung über die Lohnzahlung“ für den 1. Mai wird vom Reichsinnenminister erlassen.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>22.04.: Hameln, mehrere Wohnungen von Gewerkschaftern werden durchsucht.</p> <p>22.04.: Celle, der pensionierte ehem. Oberbürgermeister Hannovers, Leinert, wird verhaftet, „... um zu prüfen, ob er der Stadt Hannover finanziellen Schaden zugefügt hat ...“.</p> <p>26.04.: Göttingen, der gesamte Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk wird von der NSBO abgesetzt.</p> <p>28.04.: Bremen, erste und einzige Sitzung der neu gebildeten Bürgerschaft.</p> <p>29.04.: Braunschweig, die vier Abgeordneten von der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ werden noch vor der Eröffnung des neuen Landtages Mitglieder der NSDAP, so kann das erste hundertprozentig nationalsozialistische Parlament Deutschlands präsentiert werden, vorher haben die gewählten Mandatsträger der demokratischen Parteien „verzichtet“.</p> <p>29.04.: Magdeburg, der „Reichsluftschutzbund“ zur Führung von Luftschutzgemeinschaften in Mietshäusern wird gegründet.</p>	<p>21.04.: Leipart schreibt Anton Erkelenz, dass es in den nächsten Tagen zu Besprechungen über seine Vorschläge vom 1. April über die Einheitsgewerkschaft kommen soll“.</p> <p>21.04.: Berlin, der Abbruch der Verhandlungen (ADGB mit NSBO) wird mit dem Plan der Regierung erklärt, „dass Gewerkschaftsproblem durch ein Gewerkschaftsgesetz zu regeln“.</p> <p>22.04.: Amsterdam, während einer Tagung der Vorstände der Gewerkschaftsinternationalen wird beschlossen, die Beziehungen zum ADGB abzubauen; „... weil der ADGB der Regierung Hitler seine unbedingte Mitarbeit und die Einverleibung der Gewerkschaften [...] angeboten hat.“</p> <p>26.04.: Berlin, Otto Wels warnt die Gewerkschaften: „Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen suchte ...“.</p> <p>28.04.: Berlin, Vertreter des ADGB, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (HD) bilden einen „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“.</p> <p>29.04.: Betriebsratswahlen werden ausgesetzt. Bei den Betriebsratswahlen zeichnet sich eine deutliche Mehrheit für die freien Gewerkschaften ab. Die Nazi-Betriebszellen (NSBO) erhielten einen Stimmenanteil von lediglich 11,7 Prozent, während die Listen der ADGB-Gewerkschaften auf 73,4 Prozent kamen, die Christlichen Gewerkschaften auf 7,6 Prozent und die kommunistische RGO auf 4,9 Prozent, der Rest der Stimmen gingen an betriebliche Einzelbewerber. Daraufhin werden im ganzen Reich die Neuwahlen der Betriebsräte durch Länderverfügungen bis zum 30. September 1933 ausgesetzt.</p>	<p>21.04.: Berlin, Anweisungen des Stabsleiters der Politischen Organisationen der NSDAP, Dr. Robert Ley (1890-1945) leitet mit dieser Anweisung die nationalsozialistische Übernahme der Gewerkschaften durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingeleitet.</p> <p>„Rundschreiben Nr. 6/33 - Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften. Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees. ...“ [Am Schluss dieses Befehls heißt es]: „... Die Übernahme der Freien Gewerkschaften muss in der Form vor sich gehen, dass dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird, dass diese Aktion sich nicht gegen ihn, sondern gegen ein überaltertes [...] nicht übereinstimmendes System richtet“.</p> <p>26.04.: Berlin, die Geheime Staatspolizei (Gestapo) wird per Verordnung eingesetzt. Begründung u.a.: „...um die wirksame Bekämpfung aller gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates gerichteten Bestrebungen zu sichern ...“.</p> <p>26.04.: Berlin, Aufruf von J. Goebbels zum 1. Mai: „Der Marxismus liegt zertrümmert am Boden. Die Organisationen des Klassenkampfes sind zerschlagen [...] Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter ...“.</p> <p>26.04.: Berlin, etwa 100 Funktionäre kommen zu einer Reichskonferenz der SPD in einem vom Brand unzerstörten Teil des Reichstagsgebäudes. In der einstimmig angenommenen Konferenzresolution heißt es: „Durch unerschütterliches Festhalten an ihren Grundsätzen und Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten in ihrer Betätigung dient die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Nation und dem Sozialismus“.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen	ADGB-Sachsen-Anhalt	NSDAP - Besonderheiten
<p>30.04.: Wilhelmshaven, gegen einstimmigen Beschluss der ADGB-Vertrauensleute versucht der Vorsitzende Heise, mit der NSDAP-Führung über die Eingliederung des ADGB in den Maiumzug zu verhandeln - erfolglos.</p>		
<p>Mai 1933</p>		
<p>Der 1. Mai – Niedersachsen</p>	<p>Der 1. Mai – Sachsen-Anhalt</p>	
<p>01.05.: Uelzen, im Gudestorviertel werden Flugblätter mit kommunistischem Inhalt unter die Leute gebracht: „1. Mai = Kampftag gegen den Faschismus!“ Die Spur wird gefunden, es sind sieben Männer, die den Schriftsatz auf einer Schreibmaschine, den Druck, die Vervielfältigungen auf Wachsplatten gefertigt haben, sie werden verhaftet.</p>	<p>01.05.: Bernburg, es nehmen allein 2.000 Arbeiter und Angestellte mit der Direktion an dem Umzuge teil, insgesamt schätzt man 8.000 Teilnehmer. An Nachmittag nehmen 5.000 Personen teil. „Es fällt besonders eine nachgebildete Lokomotive der Eisenbahner auf“.</p>	<p>01.05.: Berlin, Tempelhofer Feld, Kundgebung mit ca. 1.500.000 Deutschen, abendlicher Abschluss der Massenfeiern zum „Tag der nationalen Arbeit“ mit Ansprache des Reichskanzlers Hitler.</p>
<p>01.05.: Oldenburg, um 8 Uhr hissen der Hakenkreuzfahnen in Betrieben. Der Kapitularvikar ordnet für alle Kirchen einen Bittgottesdienst an; ebenfalls am Vormittag wurde auf dem Pferdemarkt eine „Nationalsozialistische Morgenfeier“ abgehalten; mittags Staatsakt der Staatsregierung, 15 Uhr „Ummarsch“ von der Alexanderstraße durch die Stadt in acht Staffeln, etwa 13.000 Teilnehmern</p>	<p>01.05.: Magdeburg, „Arbeitsbeschaffung, Wiederherstellung des Adels jeglicher ehrlicher Arbeit, Befriedigung jedes wirtschaftlichen Strebens“, sind u.a. die Parolen. In sieben Marschsäulen geht es zum Domplatz. „Die Reichswehr, die berufen ist, die nationale Arbeit gegen Störungen von außen zu sichern [... wird] sich an den feierlichen Veranstaltungen am Vormittag auf dem Domplatz beteiligen“.</p>	<p>Der Dichter Franz Jung beschreibt in seiner Autobiografie „Der Torpedokäfer“ den 1. Mai in Berlin. Das Aufmarschgebiet für eine NS-Großkundgebung war das Tempelhofer Feld. „So sind an diesem Tage die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, die gewerkschaftliche Elite der deutschen Arbeiterschaft marschiert, eingestreut zwischen den SA- und SS-Standarten von Groß-Berlin, der Hitler-Jugend, den Ortsgruppenführern, Blockwarten, dem Bund Deutscher Mädchen, dem Nationalsozialistischen Reiter-Sturm, dem NS-Kraftfahrer-Korps, dem NS-Fliegerkorps und der NS-Frauenschaft.“ Der Schriftsteller notierte vom Straßenrand: „Der nasse Dreck auf den Straßen flog nach rechts und links, vorwärts! - mit Trommeln und Pfeifen, Schalmeien und Marschtrompeten... Sie sind marschiert, die Angst im Nacken und bereits die Hosen voll... Sieg Heil“.</p>
<p>01.05.: Göttingen, nach offiziellen Schätzungen versammeln sich 12.000 bis 15.000 Menschen, auf dem Adolf-Hitler-Platz und bejubeln wie überall im Reich die vermeintliche Überwindung der Klassengesellschaft durch die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“</p>	<p>01.05.: Halberstadt, 10Uhr Kundgebung auf dem Domplatz, anschl. Rundfunkübertragung aus Berlin und nachmittags Festumzug „am Tage der Nationalen Arbeit“.</p>	
<p>01.05.: Cuxhaven, im Festprogramm für den 1. Mai gibt es in der Nazi-Zeitung ‚Cuxhavener Tageblatt‘ - neben Marschgruppen von SA, Stahlhelm, NSDAP, HJ, BDM, Nationalsozialistischer Betriebsorganisation - auch eine Kolonne des ADGB</p>	<p>01.05.: Zerbst, etwa 5.000 Menschen hören auf dem Marktplatz den Oberbürgermeister, anschließend ein Festumzug mit 20 Festwagen.</p>	<p>Reichspropagandaminister Dr. Goebbels im Rundfunk: „Am heutigen Abend findet sich über Klassen, Stände und konfessionelle Unterschiede hinweg das ganze deutsche Volk zusammen, um endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen.“</p>
<p>01.05.: Bremerhaven, am „Tag der nationalen Arbeit“, weht am Schornstein über dem Eisenbahnbetriebswerk in Lehe eine große rote Fahne mit Hammer und Sichel.</p>	<p>01.05.: Wörlitz, am Nachmittag beteiligt sich die ganze Stadt am Festumzug – am Mahnmahl wird eine Hitler-Eiche gepflanzt.</p>	

ADGB-Niedersachsen/Bremen	ADGB- Sachsen-Anhalt	NSDAP - Besonderheiten
<p>Der 1. Mai – Niedersachsen</p> <p>01.05.: Hannover, ca. 100.000 Menschen „marschieren in die neue Volksgemeinschaft“.</p> <p>01.05.: Braunschweig, neben der Maifeier wird der neue Senat der Technischen Universität vor dem Hauptgebäude von Ministerpräsident Klagges vorgestellt.</p> <p>01.05.: Celle, in der CZ vom 2.5.33 wird der reibungslose Verlauf der Aufmärsche bewundert: "Ohne Störung lösten sich die vier Anmarschzüge (im Wildgarten) auf und fanden sich in einer der ihnen zugewiesenen sieben Säulen zu einer neuen Gemeinschaft zusammen".</p> <p>01.05.: Osnabrück, Treffen 8 Uhr am Klushügel, 10 Uhr Marsch zur Kundgebung Schützenburg.</p>	<p>Der 1. Mai – Sachsen-Anhalt</p> <p>01.05.: Dessau, nach der Rede des Anhaltischen Ministerpräsidenten Freiberg bewegt sich der „riesenhafte Zug“ durch die Straßen Dessaus. „Die Straßen sind dicht von undurchdringlichen Menschenketten besetzt, die den zweistündigen Zug an sich vorbeiziehen lassen“. Es wird u.a. die Sturmflagge der NSBO mitgeführt, die Arbeitslosen aus der „Herberge zur Heimat“ schließen sich dem Zug an.</p> <p>01.05.: Dessau, vor den Junkers-Werken werden Flugblätter ausgestreut; u.a. Aufruf: „... Heraus mit allen politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern und Konzentrations-lagern“ – die Autoren werden am 2. Mai verhaftet und zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Leiter des DMV-Ortsvereins Dessau, Donath, wird in Schutzhaft genommen.</p>	<p>01.05.: Berlin, Robert Ley gibt die Bildung einer „Deutschen Arbeitsfront“ bekannt.</p> <p>01.05.: Die Parteileitung der NSDAP erlässt eine Parteieintrittssperre – sie wird nach wenigen Tagen wieder aufgehoben. Die Mitgliederstärke der NSDAP ist zwischen Jan. und April 1933 von rund 850.000 auf über 2,5 Millionen PGs gestiegen.</p> <p>01.05.: Berlin, Kommentar des Vizekanzler von Papen zum 1. Mai: „... Von nun an wird der 1. Mai ein Ehrentag der deutschen, schaffenden Arbeit und des deutschen Arbeiters sein“.</p>
<p>Der 2. Mai – Niedersachsen</p> <p>02.05.: Peine, das Gewerkschaftshaus am Hagenmarkt wird von der SA besetzt, die NSBO übernimmt die Büros. Die Gewerkschaftsfunktionäre werden vorläufig nicht verhaftet, dürfen ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben.</p> <p>02.05.: Celle, das Gewerkschaftshaus wird besetzt, dazu die CZ vom 03.05.33: "Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes wurden gestern von der NSBO die Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten, des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes besetzt."</p> <p>02.05.: Uelzen, Emil Seidenschnur (Gewerkschaftssekretär berichtet: „ ... Am Tage des 2. Mai sind uns oben im Gewerkschaftssekretariat Plakate des Deutschen Bauergewerksbundes, des Gesamtverbandes und des Holzarbeiterverbandes abgerissen, von den Briefkästen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Baugenossenschaft Volksheim die Anschriften. Diese Plakate sind dann verbrannt. ...“</p>	<p>Der 2. Mai – Sachsen-Anhalt</p> <p>02.05.: Halberstadt, die Besetzung des Gewerkschaftshauses erfolgt durch die NSBO unter Herbeiziehung der SA reibungslos. „... dass die NSBO und damit die nationalsozialistische Idee nicht nur siegt, sondern helfend eingreift, wo es nur irgend möglich ist, um so jedem Arbeiter der Faust und der Stirn zu seinem ihm garantierten Recht zu verhelfen“.</p> <p>02.05.: Magdeburg, das neue, noch im Bau befindliche, Gewerkschaftshaus am Ratswaageplatz und die Gewerkschaftsbüros in der Münzstraße 3 und 7 werden von SS- und SA-Sturmtruppen besetzt und beschlagnahmt. Das Eigentum der Magdeburger Arbeiterschaft wird der entstehenden DAF „endgültig zugeführt“. Die Magdeburger Gruppe des DHV besitzt in Magdeburg ein eigenes Bürohaus an der Otto-von-Guericke-Straße / Ecke Albrechtstraße. Während die Gebäude und Räume der ADGB-Gewerkschaften am 2. Mai gestürmt werden, marschieren die NS-Truppen unter Beifall der Mitarbeiter [des DHV in Magdeburg] in das Gebäude ein.</p>	<p>02.05.: Berlin, der Sturm auf die Häuser der freien Gewerkschaftsbewegung beginnt um 10 Uhr, ausgeführt von Rollkommandos der SA und SS. Den Befehl gab es bereits am 23. April 1933. Schlägertrupps der SA, SS und der NSBO besetzen die Gewerkschaftshäuser der freien Gewerkschaften in der Art eines vorbereiteten Terroraktes unter Führung von Robert Ley und anderen NSDAP-Führungspersonen in ganz Deutschland.</p> <p>02.05.: Berlin, vom Aktionskomitee wird Reichskanzler Hitler gebeten, die Schirmherrschaft für den Arbeiterkongress am 10. Mai in Berlin zu übernehmen. Hitler stimmt mit der Bemerkung zu, „... [er] brachte insbesondere zum Ausdruck, dass er eine glatte Abwicklung der einzelnen Maßnahmen erwarte, damit insbesondere in finanzieller Hinsicht dem deutschen Arbeiter nicht nur kein Schaden, sondern nur Nutzen aus der Reinigungsaktion erwachse ...“.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen	ADGB-Sachsen-Anhalt und National	NSDAP - Besonderheiten
<p>02.05.: Göttingen, Gewerkschaftshausbesetzung, wie vom preußischen Innenministerium angeordnet und von der Polizei geduldet, werden die NS-Truppen darüber hinaus aktiv unterstützt, indem sie beispielsweise bis zum Abschluss der Aktion die Wohnung des Geschäftsführers des Gesamtverbandes der Gemeinde</p> <p>02.05.: Oldenburg, im Gau Weser-Ems und in Oldenburg wird der Gesamtverband der Freien Gewerkschaften von der NSBO übernommen. „... Gesamtverband der freien Gewerkschaften [und] die angeschlossenen Gewerkschaften konnten ohne alle Schwierigkeiten von der NSBO übernommen werden“. Zunächst wurde das ADGB-Büro in Bavaria-Haus am Julius-Mosen-Platz durchsucht, der Geschäftsführer wurde in Haft genommen. Danach folgte die Besetzung des Gewerkschaftshauses Kurwickstr.2.</p> <p>02.05.: Hameln, die "Aktion", die gegen das Gewerkschaftshaus in der Baustraße stattfindet, meldet die Deister- und Weserzeitung nicht. Die Gewerkschaften werden aufgelöst, die Mitglieder und das Gewerkschaftsvermögen in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt. Das Gewerkschaftshaus wird aufgelöst, es entsteht die Gaststätte zum "Goldenen Stern".</p> <p>02.05.: Cuxhaven, Besetzung des Gewerkschaftshauses. Die Cuxhavener können in ihrer Zeitung selbst lesen, was die Nazis unter „Sicherung des sozialen Friedens“ verstehen: „Übernahme der Gewerkschaftsräume in der ‚Sonne‘ durch die Leiter der hiesigen NSDAP“. Dabei werden Flugblätter und Druckschriften beschlagnahmt bzw. sichergestellt.</p> <p>02.05.: Bremerhaven, die NS-Hilfspolizei besetzt alle Büros und Häuser der Gewerkschaften und übernehmen das gesamte Gewerkschaftsvermögen.</p>	<p>02.05.: Dessau, die Dessauer Nationalsozialisten haben heute Vormittag die hiesigen Gewerkschaftshäuser besetzt. „Es handelt sich [...] um eine Maßnahme im Interesse der Mitglieder, [...] da ja tagtäglich Korruptionen bekannt werden, bei denen die Spar- und Unterstützungsgelder der Arbeiterschaft verwüstet worden sind“.</p> <p>02.05.: Berlin, „Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, wird die Zahl der im Zusammenhang mit der Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften verhafteten Gewerkschaftsführer bisher auf rund 50 angegeben. Darunter befinden sich die 28 Vorsitzenden der angeschlossenen Verbände und 12 führenden Mitglieder des ADGB. Die ins Krankenhaus gebrachten Gewerkschaftsführer Graßmann und Leipart gelten ebenso wie Wissel und die übrigen Führer der Gewerkschaften als in Schutzhaft genommen“.</p>	<p>02.05.: Berlin, während einer Kundgebung der NSBO in den Kammersälen spricht auch Dr. Robert Ley über den Aufbau der deutschen Arbeitsfront. „... sie waren eine Sache des klassenkämpferischen Judentums, sie dienten nicht mehr dem Arbeiter bei der Befreiung seines Berufes, sondern allein den marxistischen Parteien und auch den Parteien des konfessionellen Klassenhasses. Was heute geschehen ist, war nur eine logische Folge in der Entwicklung unserer Revolution. [...] Unser Ziel ist, die beiden großen Säulen der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft in einer Spitze zusammenzuführen, der Arbeitsfront. [...] Zuletzt werden wir die Arbeitsfront zusammenfassen zur Schaffung des deutschen Ständestaates unter der Devise: Alle für Einen, Einer für Alle.“</p> <p>Der gewaltsamen Zerschlagung der freien Gewerkschaften folgt die Gleichschaltung der „nichtmarxistischen Verbände“. Zu diesen Verbänden gehörte der „Deutsch-Nationale-Handlungsgehilfen-Verband“ – DHV. Der DHV war Mitglied des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenverbände – Gedag – und wurde der christlichen Gewerkschaftsrichtung zugeordnet. Der DHV ist antisemitisch und nationalsozialistisch ausgerichtet und schied Ende April 1933 aus dem Gedag aus und lief mit dem überwiegenden Teil seiner Mitglieder zur NSDAP über.</p> <p>02.05.: Berlin, „im Auftrage des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit veröffentlicht der Leiter der NSBO-Pressestelle, Biallas, folgenden Aufruf an die deutsche Gewerkschaftspresse: „Heute, am 2. Mai 1933, dem Tage, an dem das ganze deutsche Volk noch unter dem erschütternden Eindruck der gewaltigsten Kundgebungen aller Zeiten steht, hat der Nationalsozialismus die Führung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an sich gerissen. [...] Die Zentrale der deutschen Gewerkschaftspresse ist mit dem heutigen Tage die NSBO-Pressestelle. [...] Die Zeitschrift der NSBO, ‚Das Arbeitertum‘ und ‚Blätter für Theorie und Praxis der NSBO‘, werden mit dem heutigen Tage amtliche Organe des ADGB“. [...]</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>04.05.: Niedersachsen, die 28 Arbeitsämter werden „gleichgeschaltet“, die bisherigen Direktoren und Stellvertreter werden abberufen; 140 Personen wird gekündigt.</p> <p>05./06.05.: Göttingen, unter Beteiligung des gesamten etwa 120 Mann starken Sturms I/82 werden sechs SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre aus ihren Wohnungen geholt und wie Gefangene ins Volksheim transportiert, während die SA ihre Familienangehörigen bewacht, um sie am Eingreifen zu hindern. Im Volksheim werden die SPD-Genossen einzeln in den Keller geführt und mit Ochsenziemern so geschlagen, dass ihre Schreie im ganzen Haus zu hören sind. Erst mehrere Stunden später werden sie mit Drohungen entlassen.</p>	<p>03.05.: Berlin, „Eingliederung der Gewerkschaften – Keine Abschaffung sondern Umbau im Nationalen Sinne“; in einem Kommentar heißt es. „... Und zusammen mit der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation und den anderen Gewerkschaften wird dann eine neue Arbeiterbewegung entstehen, die dem schaffenden Volk und der ganzen Nation wirklich zur Ehre gereicht“</p> <p>04.05.: Berlin, „Ein denkwürdiger Tag ist vorüber, der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigenden, noch nie da gewesenen Kundgebungen hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertums bekannt.“ Hitler ruft zur Unterstützung der Hinterbliebenen aller „Soldaten der Arbeit“ auf – „... Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf ...“.</p> <p>04.05.: Berlin, „wie der ‚Zeitungsdiens‘ meldet, setze das Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit seine fiebrhafte Tätigkeit in der Nachprüfung der Kassen und Bücher der bisherigen marxistischen Gewerkschaften fort. [...] es dürfte einiges Aufsehen erzeugen, dass es dem Vorstandsmitglied des ADGB, Furtwängler, auf bisher nicht geklärte Weise gelang, aus der Schutzhaft zu entkommen. [...] Damit nicht genug, war Furtwängler auch in zahllose größere Schiebergeschäfte der marxistischen Gewerkschaften unmittelbar verwickelt.“</p>	<p>03.05.: Berlin, die von den Aktionen der NSDAP bisher verschonten christlichen Gewerkschaften mit den angeschlossenen Verbänden „unterwerfen sich der NSDAP“.</p> <p>03.05.: Berlin, „Völkischer Beobachter“ berichtet: „... Der zweite Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution: Säuberung der Freien Gewerkschaften und Aufbau einer neuen Arbeiterorganisation ist abgeschlossen...“.</p> <p>04.05.: Berlin, die Arbeiter und Angestellten haben sich bedingungslos und vorbehaltlos dem Führer Adolf Hitler unterstellt, „... damit sind acht Millionen organisierter Werktätiger dem neuen Deutschland unterstellt“.</p> <p>04.05.: Berlin, der neugewählte SPD-Vorstand tritt zu seiner ersten und einzigen Vollsitzung zusammen. Einige Mitglieder fordern, dass die SPD-Fraktion nicht an der Reichstagsitzung, die für den 17. Mai einberufen worden war, teilnehmen soll. Auf dieser Tagung wollte Hitler die Weltöffentlichkeit mit einer Friedensrede beruhigen und der drohenden außenpolitischen Isolierung begegnen.</p> <p>05.05.: Berlin/Braunschweig, Ernennung des Gauleiters der NSDAP Magdeburg-Anhalt Wilhelm Friedrich Loeper zum Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt.</p> <p>05.05.: Berlin, Robert Ley meldet an Hitler, die „wesentlichen Arbeiter und Angestelltenverbände“ – etwa acht Millionen Mitglieder – haben sich „bedingungslos unterworfen“.</p> <p>05.05.: Berlin, die Schriftleitung der „Zeitschrift der Leihbüchereien“ fordert in einer Sonderausgabe ihre Mitglieder auf, unverzüglich bestimmte Titel auszusondern und für NSDStB-Akteure bereit zu halten oder selbst abzuliefern.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>07.05.: Leer, durch Freitod scheidet der Bürgermeister Dr. vom Bruch aus dem Leben. Von den Nationalsozialisten verfolgt und bedroht, sieht er keinen anderen Ausweg.</p> <p>10.05.: Königslutter, die Hitlerjugend räumt das SPD-Büro aus und bringt die Bücher zum Marktplatz zur Bücherverbrennung.</p> <p>12.05: Halle, auf dem Universitätsplatz findet eine Bücherverbrennungsaktion statt.</p>	<p>08.05.: Berlin, der Preußische Kultusminister meldet der Presse die Umbildung in den Akademien als Erfolg und Abschluss und deren Erfolg: Die Dichterakademie habe sich „vollständig neu formiert“. Ein Protest gegen Bücherverbrennungen wird nicht mehr befürchtet.</p> <p>09.05.: „Gegen Leipart und Genossen“ wird ein „Ermittlungsverfahren wegen Untreue“ eingeleitet, das aber nie abgeschlossen wird und nicht zur Anklage führt, da praktisch nicht ermittelt wird</p>	<p>07.05. Berlin, "Bis in die letzten Schlupfwinkel hinein", verlangte Hitler sollten die "November-Verbrecher" verfolgt und mit den Gegnern der "Kampfzeit" abgerechnet werden.</p> <p>07.05. Berlin, Veröffentlichung von „Schwarzen Listen“ mit den Namen von Schriftstellern, deren Werke aus politischen oder rassistischen Gründen aus Buchhandlungen und Bibliotheken entfernt werden sollten. Am gleichen Tag wird der Ehrenpräsident Max Liebermann der Preußischen Akademie der Künste zum Rücktritt gezwungen, Liebermann stellt fest: „Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte.“</p> <p>09.05.: Berlin, die berüchtigten „Feuersprüche“ werden versandt als Grundlage für die symbolische Handlung und eine reichseinheitliche Gestaltung der Autodafés.</p> <p>10.05.: Berlin, Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet, der 1. Kongress der DAF mit 500 Vertretern und vielen Gästen, darunter Hitler, abgehalten. Leiter wird Dr. Robert Ley. „... Die Arbeit ist nicht des Lohnes und des Geldverdienens wegen da, sondern die Arbeit ist Selbstzweck, und die gerechte Entlohnung ist eine notwendige Anerkennung für die Leistung. ...“ Die DAF hat ca.23 Mio. Mitgliedern.</p> <p>10.05.: Tag der Bücherverbrennung an allen deutschen Universitäten unter Teilnahme von Rektoren und Professoren, als Auftakt zur Verbrennung „marxistisch jüdischer“ Literatur. Auch Bücher aus Bibliotheken der Gewerkschaftshäuser werden verbrannt, so weit noch nicht geschehen. Schätzungen gehen davon aus, dass 1933 bis zu 2.500 Arbeiterbibliotheken mit einem Bestand von ca. 1,5 Mio. Büchern.</p> <p>15.05.: Der Chef der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, wendet sich an seine eigenen Leute mit der Aufforderung, "Manipulationen abzustellen: Über das Vermögen der Gewerkschaften verfüge ich allein." Manche SA- und SS-Leute nutzten die Gelegenheit, sich persönlich zu bereichern und begehen regelrechte Plünderungen in den besetzten Gewerkschaftshäusern.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>15.05.: Oldenburg, die Verwaltungsreform für das Land Oldenburg tritt in Kraft, eine willkommene Möglichkeit für die Nationalsozialisten, die wichtigen kommunalpolitischen Ämter mit Parteimitgliedern zu besetzen.</p> <p>23.-30.05.: Göttingen, acht potentielle Nachrücker für das Bürgervorsteherkollegium der SPD-Fraktion werden ins Rathaus bestellt: „... einer gibt an, dass er nie mehr Arbeit finden wird, wenn er das Amt annimmt“.</p>	<p>17.05.: Bonn/Köln, in Bonn regnet es, weswegen, wie die Presse berichtet, weniger Menschen gekommen sein sollen, in Köln musste die Veranstaltung aus dem gleichen Grund auf den 17. Mai verlegt werden. Dort wie anderswo war ursprünglich geplant, die Bücher jüdischer Autorinnen und Autoren auf einen sogenannten Schandpfahl zu speißen.</p> <p>19.05.: Berlin, staatliche „Treuhand der Arbeit“ werden von Robert Ley eingesetzt; ihnen wird die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen übertragen wird; ein Übergang zur KdF-Bewegung ist eingeleitet.</p> <p>21.05.: Berlin, „Die Revision beim Verband der grafischen Hilfsarbeiter seitens der NSBO ergab, ein höchst unkaufmännische Gebaren. [...] es ist zu erfahren, dass „man kurz vor der Gleichschaltung im März d.J. noch versuchte“ einen Betrag in Höhe „von fast vier Millionen Reichsmark“ an die Graphia GmbH in München zu überweisen. [...]</p>	<p>15.05.: Berlin, der Gesamtverbandsvorsitzende der christlichen Gewerkschaften Bernhard Otte distanzierte sich von der Gewerkschaftsfusion. In einem Artikel im Zentralblatt begründete er das mit dem Argument, dass es nicht angängig gewesen sei, „diese freiwillig zu bildende Einheitsgewerkschaft ohne die Zustimmung der Reichsregierung bzw. des Herrn Reichskanzlers zu proklamieren“. Die Deutsche Arbeitsfront als „neue geeinte Gewerkschaftsbewegung“ werde einmal „eine bedeutsame Körperschaft innerhalb der ständischen Gliederung unseres Volkes“ sein.</p> <p>15.05.: Hamburg, Bücherverbrennung. Die Gestapo steuerte zu den 1.000 Büchern von Bürgern noch 2.000 bei. Um den „relativ kleinen Bücherstapel“ standen in der Hansestadt nur wenige Akteure, keiner der obligatorischen Feuersprüche erklang; der 10. Mai war schon medienwirksam mit der Eröffnung der neuen NS-Bürgerschaft besetzt.</p> <p>17.05.: Berlin, „Kroll-Oper“, Reichskanzler Hitler spricht im Rahmen einer Friedensresolution zur Außenpolitik und Abrüstung, mit einer Neuheit im deutschen Parlamentsprotokoll - Zustimmung wird durch Erheben von den Plätzen deklariert.</p> <p>19.05.: Berlin, das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit wird erlassen, die die Tarifverhältnisse ordnen und über den Arbeitsschutz sowie das Arbeitsrecht wachen sollen. Weiterhin wurde damit das Streikrecht und das Schlichtungswesen „abgeschafft“.</p> <p>21.05.: Berlin/Prag, der SPD-Vorstand beschließt, dass alle Mandate im Reichstag und im Preußischen Landtag niedergelegt werden, der Vorstand seinen Sitz von Berlin nach Prag verlegt und einen Aufruf gegen die Hitlerregierung veröffentlicht.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>24.05.1933: Hannover, der Landesverband der Kleingartenvereine teilt mit, dass Gartenfreunde „nicht-arischer Abstammung“ nun nicht mehr für den Vorstand kandidieren dürfen. „Gartenfreunde!“, heißt es in einem Aufruf, „Auch im deutschen Kleingartenwesen soll nunmehr dem Willen der Regierung gemäß die wahre Volksgemeinschaft entstehen ...“.</p> <p>30.05.: Leer, Reichspräsident v. Hindenburg nimmt das Ehrenbürgerrecht der Stadt Leer an.</p> <p>31.05.: Uelzen, Gewerkschaftssekretär Emil Seidenschnur wird ins Konzentrationslager Moringen gebracht.</p> <p>Mai 1933: Das Schloss Dornburg bei Zerbst, der Gasthof von Jureck in Wanzleben, die Rudolfsche Villa in Magdeburg-Buckau, die Reichsbanner-Schule im Magdeburger Stadion „Neue Welt“, werden zu SA-Schulen oder Konzentrationslagern umfunktioniert.</p>	<p>Mai/Juni: In der NS-Zeitung „Niedersächsische Arbeiter Zeitung“ wird in 22 Folgen, täglich jeweils eine ganze Seite, über das „Konzentrationslager Oranienburg“ aus nationalsozialistischer Sicht berichtet.</p>	<p>24.05.: Berlin, Walter Schuhmann, NSBO-Kommissar für den ADGB, dann „Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiterverbände“ innerhalb der Pseudogewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“, ordnet an, dass die Büchereien der Gewerkschaftsverbände „sofort von allen marxistischen Schriften zu reinigen“ seien.</p> <p>26.05.: Berlin, die NSDAP erlässt das "Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens", es ist eine ausschließlich gegen die KPD gerichtete, gesetzlich fixierte Maßnahme zu ihrer Liquidierung. Die KPD wurde im eigentlichen, offiziellen Sinn von den Nationalsozialisten nicht verboten.</p> <p>29.05.: Berlin, Führerstellvertreter Rudolf Heß trifft Wirtschaftsvertreter u.a. Carl v. Siemens, Fritz Thyssen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, letzterer schreibt am gleichen Tag an Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht: „... habe ich kürzlich in einer Besprechung mit Herrn Reichskanzler [...] vorgeschlagen, alle Sammlungen seiner Partei in einer großen Sammlung zu konzentrieren, die gleichmäßig und im richtigen Verhältnis zu ihrer Belegschaft möglichst alle Firmen der deutschen Wirtschaft einschließlich [der] Landwirtschaft und Bankenwelt trifft ...“.</p> <p>30.05.: Berlin, das Kuratorium einer „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ wird berufen.</p> <p>30.05.: Hamburg, der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, die „Hitlerjugend“ und der „Bund deutscher Mädel“ laden zu einer weiteren Bücherverbrennung. Der Grund: am 10.05. war bereits mit der Einsetzung der NS-Bürgerschaft verplant und die „Bücherverbrennung waren den NS-Schergen „zu mickrig“.</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>Juni 1933</p> <p>14.06.: Göttingen, acht Tage vor dem offiziellen Betätigungsverbot - vom 22. Juni - wird in den Göttinger Zeitungen bekannt gegeben, dass die Fraktion der SPD aus dem Bürgervorsteherkollegium ausscheidet.</p> <p>15.06.: Weser-Ems / Oldenburg, Josef Huber, NSBO-Gaupressewart, schreibt: „Aufgrund der jahrelangen Verhetzung der deutschen Arbeiterschaft durch die ehemaligen Gewerkschaftsführer ... der verstorbenen Demokratie war es nur zu leicht begreiflich, dass die Arbeiterschaft die Übernahme der Gewerkschaften [...] mit Kälte und Zurückgezogenheit beantwortete. Man erwartete täglich, ja stündlich, den Zusammenbruch der Gewerkschaften ...“.</p>	<p>01.06.: Berlin, mit dem Gesetzeskomplex zur Verminderung der Arbeitslosigkeit der neben der Förderung öffentlicher Bauten und der Begünstigung privater Investitionen auch die weitgehende Ausgliederung der Frauen aus dem produktiven Arbeitsprozess vorsieht, kann von einer gezielten nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik gesprochen werden.</p> <p>22.06.: Berlin, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird verboten. Es zwingt „... zum Beschluss, dass die SPD als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen [ist], die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der kommunistischen Partei gegenüber angewendet worden ist“.</p>	<p>01.06.: „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“, u.a. von der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (geleitet von Gustav Krupp und Dr. Carl Köttgen) bringt 1933-1945 über RM 60.000.000 jährlich - Jeder Unternehmer spendet fünf Promille der Jahreslohn- und Gehalts-summe zugunsten der NSDAP.</p> <p>08.06.: Genf, auf der Internationalen Arbeitskonferenz lehnen die Gewerkschaftsvertreter den Leiter der Deutschen Arbeitsfront, R. Ley, als Vertreter der deutschen Arbeitnehmer ab.</p> <p>16.06.: Bernau, die ADGB-Bundesschule im Bernauer Forst wird als Einrichtung als „Reichsschule der NSDAP“ und der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) eingeweiht.</p> <p>17.06.: Berlin, alle Jugendverbände werden dem neuernannten Reichsjugendführer Baldur von Schirach unterstellt.</p> <p>18.06.: Baldur von Schirach wird Jugendführer des Deutschen Reiches (HJ/ NS-Schülerbund, bis Juni 1934 auch für den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund [NSDStB] verantwortlich); Zitat: „Die HJ ist eine weltanschauliche Erziehungsgemeinschaft“.</p> <p>21.06.: Berlin, der neugewählte SPD-Vorstand tritt zu seiner einzigen Sitzung zusammen. Die Hoffnungen und Ziele eines Teils seiner Mitglieder bekundete Heilmann: „Wir müssen den Faden der Legalität weiter spinnen, solange er weitergesponnen werden kann.“</p>

ADGB-Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt	ADGB-National	NSDAP - Besonderheiten
<p>24.06.: Peine, der DMV-Geschäftsführer Hans Gallinis und der Kassierer Otto Axthelm werden verhaftet.</p> <p>26.06.: Hameln, 22 Hamelner Sozialdemokraten werden auf Weisung der Reichsregierung verhaftet und in Zuchthäuser und Konzentrationslager gebracht; ihnen wird zum 30.06. gekündigt.</p> <p>28.06.: Peine, fünf Schutzhäftlinge werden entlassen, sie müssen sich täglich bei der Polizei melden.</p> <p>29.06.: Braunschweig, in Zivil gekleidete SA- und SS-Männer gehen unter der dortigen Arbeiterschaft gegen politische Gegner vor. Der SA-Mann Landmann wird von eigenen Leuten erschossen. Daraufhin werden am 04.07. werden zehn Gewerkschafter in Rieseberg bestialisch gequält und anschließend erschossen. Der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorf hatte die Parole ausgegeben: Für jeden getöteten Nationalsozialisten, haben jeweils zehn „Marxisten“ zu sterben.</p> <p>30.06.: Hannover, jüdische Händler werden durch Magistratsbeschluss von Jahrmärkten in der Stadt ausgeschlossen.</p>	<p>22.06.: Berlin, der Führer DAF, Ley, fordert die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) auf, bis zum 1. August alle Organisationen der Arbeitsfront bis in die letzte Zelle und den letzten Betriebsrat von früheren Marxisten, Zentrumsmännern und Angehörigen bürgerlicher Organisationen zu säubern. Diese müssten rücksichtslos und brutal zum Wohle des Ganzen aus jeder Stellung entfernt werden.</p> <p>27.06.: Berlin, Robert Ley proklamiert in einem Rundschreiben die Ziele der DAF. Weiterhin, „... Das Organisationsamt der DAF stellt eine „Liste der Geächteten“ auf, auf die die Namen aller marxistischen Gewerkschaftsbonzen gesetzt werden, die [...] auch noch jetzt noch den wüstesten Kampf gegen die Nationalsozialisten führen.“ Er „bekommt in Zukunft keine Arbeit mehr“.</p> <p>Ab Ende Juni: Im Sommer 1933 kommt es reichsweit zu einer großen Säuberungswelle, durch die die letzten „Marxisten“ aus den Betriebsräten entfernt werden.</p>	<p>24.06.: Berlin, die christlichen Gewerkschaften werden in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert. Die Vorstände wurden zu „Verrätern an der nationalen Revolution“ erklärt und von der Mitgliedschaft in der DAF ausgeschlossen.</p> <p>26.06.: Hirtenbrief aller kath. Bischöfe des Großdeutschen Reichs u.a.: „... Bei der Erfüllung der schweren Pflichten dieser Zeit, bei den harten Heimsuchungen, die im Gefolge des Krieges über euch kommen, möge die trostvolle Gewissheit euch stärken, dass ihr damit nicht nur dem Vaterland dient, sondern auch gleichzeitig dem heiligen Willen Gottes folgt ...“.</p> <p>27.06.: Berlin, ein Gesetz über die Errichtung des Unternehmens Reichsautobahn wird erlassen.</p> <p>28.06.: Plön, NAPOLA-Einweihung am „Vertrag-von-Versailles-Jahrestag“: Im Aufruf heißt es u.a.: „Junge Kameraden! Unser Leben gilt Deutschland. Die Folgen der Schanddikatur haben wir täglich vor Augen...Deutschland ist nicht frei.“</p> <p>29.06.: Berlin, Einsetzung einer Kommission zur Prüfung aller Konzertprogramme hinsichtlich ihres »arischen Ursprungs“: dies bedeutet ein Aufführungsverbot für Werke jüdischer Komponisten.</p> <p>30.06.: Berlin, Robert Ley, Vorsitzender der DAF, verkündet: „... Es ist der Wille des Führers, dass außer der DAF keinerlei Organisationen mehr [...] existieren“.</p> <p>30.06.: Berlin, in der Reichskanzlei werden die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda definiert: „... zuständig für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf Nation, Werbung den Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- und ausländischen Öffentlichkeit ...“.</p>